Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 81. Mittag-Ausgabe. Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 17. Februar 1877.

Deutschland.

○. C. Landtags-Verhandlungen.

22. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 16. Februar).

10 Uhr. Am Ministertische Graf zu Eulenburg, Camphausen, Dr. Falk, die Geh. Räthe von Brauchitsch, Scholz, Herrfurth u. A.

Eingegangen ist vom Finanz- und Handelsminister ein Gesetzentwurf, betr. die Verwendung von Beständen zu außerordentlichen Bedürfnissen der Bauverwaltung, sowie betr. die Aufnahme einer Anleihe zur Deckung der Ausgaben für Bauausführungen und Staatseisenbahnen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Theilung der Provinz Preußen.

Abg. Kieschke: Bekanntlich ist ein Antrag auf Theilung der Provinz Preußen bereits vor zwei Jahren bei Berathung der Provinzialordnung hier gestellt und damals mit bedeutender Majorität, zu der auch ich gehörte, vom Hause abgelehnt worden. Ich habe mich, als jetzt diese Vorlage eingebracht wurde, gefragt, ob in irgend welcher ausschlaggebenden Weise sich die Lage der Dinge seitdem der Art geändert habe, daß sie ein anderes Votum rechtfertigt. Ich muß dies entschieden verneinen und werde heute wie vor zwei Jahren gegen die Theilung stimmen. Meine Hauptgründe hierfür sind folgende: die geographische Lage der Provinz Preußen ist eine solche, daß ihre einzelnen Theile auf gegenseitige Hilfe und Unterstützung entschieden angewiesen sind. Preußen ist eine Provinz, welche, abweichend von allen Provinzen des preußischen Staates, fast ausschließlich auf den Handelsverkehr mit einem Nachbarstaate angewiesen ist, der die Verbindung und die Handelsbeziehungen des Grenzlandes durch Zölle, Grenzsperre rc. aufs Aeußerste erschwert und hindert. Eine Theilung würde die Provinz völlig ohnmächtig machen, diese Hemmnisse des Handelsverkehrs zu besiegen. Die Gemeinsamkeit der Interessen der Provinz Preußen ist so eclatant, daß sie mehr wie jede andere Provinz einer gemeinsamen Verwaltung bedarf. Die neugeschaffenen Eisenbahnen, Telegraphen und Chausseen, welche heute die Provinz in allen ihren Theilen durchziehen, haben die frühere geschichtliche Trennung, auf die man sich beruft, längst verwischt und absolet gemacht. Dagegen besteht noch heute wie früher in voller Kraft das durchschlagende Moment, daß die ganze Provinz vorwiegend Ackerbau und Handel treibt, daß dagegen die Industrie mit ihren so mannigfach trennenden Interessen noch so gut wie gar nicht entwickelt ist. Diese Thatsache gewährt eine natürliche Gleichartigkeit der Ziele und Interessen der Bewohner, wie sie sich kaum noch in einer anderen Provinz findet, und welche nur mit den allerschwersten Schäden eine Trennung der Verwaltung ertragen kann. Ich bitte das Haus, die Vorlage abzulehnen. Von einer Berathung in einer Commission verspreche ich mir nichts und beantrage daher, die zweite Berathung im Plenum vorzunehmen.

Abg. Wehr (Conitz): Nach dem Gesetz von 1823 zerfällt die Provinz Preußen in wirthschaftlicher Beziehung in zwei vollständig getrennte Communalverbände; dies ist zwar durch die Provinzialordnung geändert worden, aber nur formell, nicht thatsächlich, und wenn auch der jetzige Provinzial-Landtag beide Communalverbände vereinigen soll, so bleibt dies doch die reine Comödie, denn Jeder weiß, daß Ost- und Westpreußen völlig getrennt berathen haben und nur formell nachher im Sitzungssaale zusammentraten; der Gedanke der Trennung tauchte schon früher auf, doch wagte man demselben zuerst nicht Ausdruck zu geben, um den organischen Zusammenhang nicht gänzlich zu zerreißen; als der Antrag aber schließlich im Provinzial-Landtage gestellt wurde, wurde er gegen den Willen der Westpreußen abgelehnt. Bei der Berathung der Provinzialordnung lagen viele Petitionen dem Hause aus Westpreußen vor, und, wenn ich glaube, fiel damals die Entscheidung nur deshalb gegen sie aus, weil der Minister selbst damals erklärte: non liquet. Jetzt sind die Petitionen einmüthig aus ganz Westpreußen, mit Ausnahme eines Theiles von Elbing, eingegangen, von den landwirthschaftlichen Vereinen, der Kaufmannschaft, dem Centralverein und allen Corporationen, welche von dieser Frage berührt werden; die Regierung würde also Unrecht daran gethan haben, diesen einmüthigen Ausdruck des vorhandenen Bedürfnisses unberücksichtigt zu lassen und den Gesetzentwurf nicht vorzulegen. Nun sagt man zwar, es würde sich bei der gemeinschaftlichen Arbeit auch sehr bald eine innere Gemeinschaft herausbilden; aber was ist denn bisher geschehen? Der Landarmenfond ist überhaupt nicht zur Verwendung gelangt, und es wäre dies ja auch völlig unmöglich gewesen, da die beiden Communalverbände ein ganz verschiedenes System der Armenverbände haben. Bei den Chausseeverbänden dagegen liegt die Thatsache vor, daß bei dem Beschluß über das Dotationsgesetz Gumbinnen die größten Verpflichtungen zu erfüllen hatte, und diese hat Westpreußen jetzt mitzutragen. Entscheidung über alle diese Fragen treffen ja die Communalverbände nicht selbst, sondern der Provinzialausschuß, und dieser ist derartig zusammengesetzt, daß er unter 14 Mitgliedern nur 4 Westpreußen zählt. Es tritt somit in allen Fragen eine directe Majorisirung der Westpreußen ein; sie haben wohl Geld und Steuern zu zahlen, aber über die Verwendung der Fonds entscheidet die Majorität, d. h. die Ostpreußen. Das ist keine Selbstverwaltung.

Von den 4 Westpreußen sind aber mindestens 2 Vertreter der großen Städte und also nur 2 des platten Landes, und diese sollen die Verhältnisse von 14 Kreisen durch persönliche Anschauungen übersehen können. Das ist nicht möglich, und es ist vorauszusehen, daß der Landesdirector die Entscheidung schließlich selbst in die Hand bekommt. Wir gehen damit wieder zu dem System der Bureaukratie über. Aehnlich geht es mit dem Provinzialrath; derselbe besteht aus 3 Ostpreußen und 2 Westpreußen und kann deshalb ein genaues Bild von den Bedürfnissen des Landes nicht erhalten. Auch der Oberpräsident ist bei der großen Ausdehnung der Provinz völlig außer Stande, die Dinge richtig zu übersehen, weil er dieselben nur aus den Acten kennen lernt, nicht aber aus dem Leben. Die Gründe, welche gegen die Vorlage geltend gemacht werden, sind besonders zwei. Zunächst sagt man zu den Westpreußen: wenn eine Theilung eintritt, so fressen Euch die Polen auf; aber Sie haben ja doch neulich in diesem Hause die Klage gehört, daß im Provinzial-Landtage zu wenig Polen vertreten seien und daß sie selbst gefressen würden. Wir haben diese Absicht gar nicht (Heiterkeit); wir wünschen vielmehr, daß wir mit den Polen in wirthschaftlicher Beziehung Hand in Hand gehen, aber man sieht doch, daß die obige Befürchtung völlig grundlos ist. Zweitens sagt man, es ist gut, daß eine Provinz groß ist, so wird ihr Provinzial-Ausschuß mit seinen Beschlüssen einen großen Einfluß auf die Entschließungen der Regierung gewinnen. Das kann nach meiner Meinung unmöglich der Fall sein, wenn fortwährend Zwietracht und Hader herrscht und eine starke Minorität den Beschlüssen widerstrebt. Ein viel größeres Gewicht wird ausgeübt werden, wenn nach der Theilung Jeder mit möglichster Einstimmigkeit seine Beschlüße faßt. Nach alledem kann ich Sie nur bitten, dem Gesetzentwurf Ihre Zustimmung zu geben; wir werden der Segnungen der Selbstverwaltung und der neuen Gesetzgebung nur dann theilhaftig werden, wenn eine Trennung stattfindet.

Abg. v. Saucken-Tarputschen: Der Hauptangelpunkt des ganzen Gesetzes ist die Frage, ob größere oder kleinere Provinzialverbände wünschenswerther seien. Während die Ostpreußen sich für die Beantwortung in ersterem Sinne entscheiden, haben sich die Westpreußen mit einer wahren Erregung auf den letzteren Gedanken capricirt. Einen großen Theil der Schuld an dieser Erregung trägt der Minister selbst durch die unentschlossene Haltung, die er dem Antrage auf Theilung der Provinz vor zwei Jahren entgegensetzte. Er erklärte damals: non liquet, und es war vorauszusehen, daß die Westpreußen dadurch nur angeregt werden würden, doppelte Anstrengungen zu machen. Das ist denn auch geschehen, und wir sehen als Folge den jetzigen Gesetzentwurf vor uns. Dabei habe ich dem Minister den Vorwurf zu machen, daß er einseitig nur die Westpreußen, nicht aber die Ostpreußen gehört hat und daß deshalb die Motive der Vorlage der Objectivität völlig entbehren. Ich muß von vornherein constatiren, daß in den Fragen, welche nichts mit der Theilung zu thun hatten, wir in treustem Fleiß und beiderseitigem Entgegenkommen mit den Westpreußen zusammengearbeitet haben, so daß uns der Regierungs-Commissar am Schlusse des Landtages wohlverdientes Lob über die zu Stande gebrachten Arbeiten zollte; nur in den Fragen, wo die Theilung mitspielte, kamen Differenzen zu Tage, und sie wären nicht hervorgetreten, wenn nicht die Westpreußen durch jene unentschiedene Haltung des Ministers zu der Hoffnung auf Trennung angeregt worden wären. Der Abg. Wehr beklagt sich über die Majorisirung im Provinzialausschusse und behauptet, daß die Westpreußen nur vier Abgeordnete dort gehabt hätten. Das ist nicht der Fall; es waren neun Ostpreußen und sechs Westpreußen, und dies Verhältniß entspricht völlig dem von Land und Leuten; den besten Beweis, daß es den Ostpreußen sehr fern liegt, einseitig ihre Interessen zu verfolgen, liefert der Umstand, daß wir das hervorragendste Mitglied, das mit Entschiedenheit für eine Trennung der Provinz eingetreten ist, einen Vertreter Westpreußens zum Landes-Director gewählt haben. (Sehr richtig!) Auch das ist nicht richtig, daß der Oberpräsident wegen der Größe der Provinz die Arbeiten nicht bewältigen könne; derselbe hat sich selbst ausdrücklich gegen die Theilung ausgesprochen, und wenn man auch zugestehen muß, daß später vielleicht ein weniger fähiger Oberpräsident kommen kann, so ist doch dies nicht von vornherein anzunehmen.

Der Hauptgrund, welcher stets für die Theilung angeführt wird, ist der, daß Westpreußen bedeutend reicher sei als Ostpreußen, und daß man es nicht für gerecht halten könne, daß jenes die geringere Präſtationsfähigkeit Ostpreußens ausgleichen soll. Der Reichthum eines Landes läßt sich nun allerdings schwer genau schätzen; den besten Maßstab werden jedoch immerhin die Steuern abgeben, und diese stellen sich allerdings wie 3,1 zu 2,25 zu Gunsten Westpreußens. Pro Kopf der Bevölkerung beträgt die Steuer für Ostpreußen 3,38 Mark und für Westpreußen 3,52; aber zu berücksichtigen ist, daß in Danzig 3,8 Mark auf den Kopf entfällt, in Marienwerder dagegen 3,3 Mark, also selbst, wenn eine Theilung der Provinz eintritt, fällt der für die Theilung angeführte Uebelstand nicht weg, denn Danzig muß dann Marienwerder in der Präſtationsfähigkeit ausgleichen. Bei dem Erlaß des Dotationsgesetzes hatte Ostpreußen in Bezug auf den Chausseebau allerdings sehr viel Verpflichtungen, aber auch hierin tritt durch die Theilung keine Aenderung ein, denn die Motive sagen ausdrücklich: „Was die durch das Dotationsgesetz vom 8. Juli 1875 den Provinzialverbänden überwiesenen Fonds und Renten anlangt, so dürfte sich ein geeigneter Theilungsmaßstab bieten in dem aufgestellten Vertheilungsgrundsatze (Flächeninhalt und Einwohnerzahl), in den bezüglichen Festsetzungen des Staatshaushaltsetats für das Jahr 1875, sowie hinsichtlich der durch § 20 behufs Verwaltung und Unterhaltung der Staatschausseen überwiesenen Rente in der Länge der am 1. Januar 1876 in beiden Landestheilen vorhanden gewesenen oder im Ausbau begriffenen Staatschausseen." Daß man wegen verschiedener Systeme der Armenverbände die Provinz theilen müßte, kann ich ebenfalls nicht zugeben, im Uebrigen ist Ostpreußen bereit, das westpreußische System anzunehmen. Ich bitte Sie deshalb, überlegen Sie sich die Angelegenheit sehr reiflich, bevor Sie ihre Zustimmung zu der Theilung einer historisch zusammengehörigen Provinz geben. Was die geschäftliche Behandlung anbetrifft, so beantrage ich die Verweisung der Vorlage an die ad hoc um 7 Mitglieder zu verstärkende Gemeinde-Commission, nicht, um sie dort zu vergraben, sondern damit die Gründe der Westpreußen vorurtheilslos geprüft werden und Sie sich überzeugen, daß sie im Unrecht sind. (Beifall.).

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich bestreite durchaus, daß die vorliegende Frage sich dahin zuspitzt, ob es besser sei, große oder kleine Provinzen zu haben. Die Regierung ist bei Erlaß der Provinzial-Ordnung davon ausgegangen, daß die Provinzen in ihrem augenblicklichen Bestande verbleiben sollen und hat an die Vornahme von neuen geographischen Abgrenzungen gar nicht gedacht. Man ist auch bei dieser Vorlage keineswegs von dem Gedanken ausgegangen, daß die Provinz viel zu groß sei und kleiner werden muß, sondern der entscheidende Hauptgrund ist der, daß die Hälfte der Provinz sagt: wir wollen nicht mehr mit der anderen Hälfte eine Verwaltung haben; wir sind in jeder Hälfte groß genug, um einen Provinzialverband herzustellen und in unserer kleineren Gestalt werden wir viel besser in der Lage sein, die Verpflichtungen, die den Provinzen obliegen, zu erfüllen. Wenn sich diese Ansicht so lebendig kund giebt, wie es thatsächlich geschieht, dann muß doch einmal der Moment eintreten, wo man über die Frage schlüssig wird. Im Provinziallandtage ist sehr lebhaft und wiederholt der Wunsch nach Trennung zu Tage getreten und zahlreiche Petitionen aus allen Theilen Westpreußens legen ein Zeugniß dafür ab, wie sehr dieser Wunsch von der Bevölkerung getheilt wird. Wenn in dieser Frage nicht, sei es durch Gewährung des Wunsches, sei es durch definitive Verweigerung eine Entscheidung erfolgt, so muß das nothwendig auf die Selbstverwaltung den nachtheiligsten Einfluß haben. Die Regierung war gezwungen, diesem Mißstand dadurch abzuhelfen, daß sie wenigstens ihr eigenes Votum in einem Gesetzentwurf niederlegte. Warum es sich also jetzt handelt, das ist nicht im Sinne der Regierung absolute Trennung der beiden Provinzen, sondern absolute Entscheidung der Frage. (Sehr richtig!) Wir können die Sache völlig vorurtheilslos behandeln. Haben Sie die Ueberzeugung, daß der Wunsch der Westpreußen, getrennt zu werden, gerecht ist, daß mit Erfüllung dieses Wunsches in beide Theile eine Beruhigung kommen wird, die sie zu viel größerer Leistungsfähigkeit und Leistungsfreudigkeit anspornt, dann geben Sie dem Gesetze ihre Zustimmung; haben Sie diese Ueberzeugung nicht, dann lehnen Sie die Vorlage ab, dann ist aber eben für lange Zeit die Frage todt.

Abg. Miquel: Ich betrachte diese Frage keineswegs als eine blos provinzielle, sondern als eine allgemeine Staatsfrage. Ich habe schon vor zwei Jahren erklärt, wenn mir Namens des der Trennung widerstrebenden Theils dieser jetzt vereinigten Provinz nachgewiesen werden könnte, welche Nachtheile aus der Theilung hervorgehen, ich gegen die Theilung votiren würde; ich habe aber damals so wenig als heute irgend welche substantiirte Antwort bekommen, welche solche Nachtheile darlegt. Ich bin davon durchdrungen, daß diese Theilung, wenn sie ausgeführt wird, in einigen Jahren sowohl von West- wie von Ostpreußen als eine Wohlthat erkannt werden wird. Ich behaupte, daß die neuere Provinzial-Gesetzgebung auf die vereinigte Provinz Preußen auf die Dauer in keiner Weise ihrem wahren Geiste nach anzuwenden ist. Die Verwaltung wird eine viel bessere, einsichtigere, mit den Verhältnissen vertrautere und intensivere sein, wenn wirklich zwei Provinzialräthe mit zwei Oberpräsidenten die Verwaltung führen. Ich stimme dem Minister des Innern vollständig darin bei, daß die Frage reif ist und jetzt entschieden werden muß. Wenn die Verwaltung in der bisherigen Verquickung der materiellen Interessen gemeinsam noch weiter geht, so wird ein späterer Schritt zur Theilung bei weitem noch schwieriger sein, als heute. Ich stimme also im Großen und Ganzen der Vorlage entschieden zu; im Einzelnen muß ich mich aber insbesondere gegen die Bestimmung erklären, daß, Falls die Auseinandersetzung in Betreff des Antheils an der Provinzialdotation nicht zu einem gütlichen Ausgleich kommen sollte, eine königliche Verordnung über diese Frage endgiltig entscheiden soll. Ich bin entschieden der Meinung, daß an die Stelle der königlichen Verordnung in diesem Falle ein Landesgesetz zu treten habe. (Zustimmung.) Von der Verweisung der Vorlage an eine Commission kann ich im Hinblick auf die Geschäftslage des Hauses nur dringend abrathen und bitte das Haus, die zweite Berathung direct im Plenum vorzunehmen.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Ich würde für die Theilung stimmen, wenn man mir den überwiegenden Vortheil derselben klar gemacht hätte. Die frühere historische Trennung der Provinz ist für mich nicht maßgebend, denn wir haben in den letzten 50 Jahren doch intensiver Geschichte getrieben, als in zwei Jahrhunderten vorher, und während dieser letzten 50 Jahre ist die Provinz einig gewesen. Die Gründe für die Theilung schrumpfen doch schließlich auf einen zusammen, den man mit großer Geschicklichkeit in fünf verschiedenen Variationen ausgebeutet hat. Dieser Grund ist die große räumliche Ausdehnung. Wenn zweitens der Mangel eines einheitlichen Concentrationspunktes als Theilungsgrund angeführt wird, so ist das doch nur eine Folge der großen räumlichen Ausdehnung. Drittens wird die getrennte Entwickelung der Verwaltungs-Institutionen angeführt, aber auch hinzugefügt, daß dieselbe durch die Gesammtverhältnisse bedingt ist. Viertens wird der Umstand geltend gemacht, daß sich innerhalb des gegenwärtigen Provinzialverbandes zwei in sich abgeschlossene Landestheile gegenüber stehen, die beide eine hinreichend große räumliche Ausdehnung und Einwohnerzahl besitzen, um den, an einen selbstständigen Provinzialverband zu stellenden Anforderungen zu genügen. Was ist denn das anderes, als wieder die räumliche Ausdehnung? Endlich wird auf die Schwierigkeiten der staatlichen Administration bei der großen Ausdehnung der Provinz hingewiesen. Nun gebe ich zu bedenken, daß andere Provinzen, z. B. Schlesien und hinsichtlich der Bewohnerzahl auch die Rheinprovinz, einen ebenso bedeutenden Umfang haben. Der politische Gesichtspunkt ist der: empfiehlt es sich, kleinere Verwaltungsverbände zu schaffen oder größere; und ich bin der Meinung, diese Frage ist zur Entscheidung noch nicht reif. Nun wird immer von der herrschenden Mißstimmung gesprochen; diese allein darf doch nicht maßgebend sein. Außer dieser Mißstimmung aber und der räumlichen Ausdehnung finde ich keinen sachlichen Grund; denn die Westpreußen können doch darüber nicht klagen, daß sie im Provinziallandtage von den Ostpreußen zu Unrecht majorisirt seien. Es zeugt doch jedenfalls von einer großen Unbefangenheit des Urtheils, wenn der Provinziallandtag mit großer Majorität den namhaftesten Vertreter Westpreußens zum Landes-Director gewählt hat. Ich empfehle ihnen deshalb eine sorgfältige Prüfung der Frage.

Darauf wird die Debatte geschlossen und der Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an die Gemeindecommission abgelehnt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung des Staatshaushaltsetats und zwar zunächst einiger Titel, die der Budgetcommission zur Vorberathung überwiesen waren.

Tit. 1 und 4a des Cap. 57 der Ausgaben der Allgemeinen Finanzverwaltung war auf Antrag des Abg. Wachler (Schweidnitz) der Commission überwiesen, welche nunmehr beantragt: 1) Die Staats-Regierung aufzufordern, in der nächsten Session dem Landtage die bereits bei der Vorlage der Provinzialordnung und des Competenzgesetzes in Aussicht gestellten Gesetzentwürfe über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vorzulegen; 2) im Tit. 1 der dauernden Ausgaben 15 Stellen von Regierungsräthen als „künftig wegfallend" zu bezeichnen und dementsprechend in der Rubrik „darunter künftig wegfallend" die Summe von 81,571 M. 58 Pf. auf 158,071 M. 58 Pf. zu erhöhen; 3) Cap. 57, Tit. 4a der dauernden Ausgaben unverändert zu bewilligen.

Referent Abg. Weber (Erfurt) begründet den Beschluß damit, daß man endlich anfangen müsse, die Selbstverwaltung auch dadurch zur Erscheinung zu bringen, daß man die Regierungsrathsstellen vermindere. Wenn man immer neue Rathsstellen für die Verwaltungsstellen im Etat aufnehme, so müsse man die Rathsstellen bei den Bezirksregierungen auf den Aussterbeetat setzen; deshalb schlage die Commission vor, die künftig wegfallenden Stellen von 9 auf 15 zu erhöhen.

Geh. Reg.-Rath Herrfurth bittet das Haus, den Antrag abzulehnen; bei den Bezirksregierungen hat sich eine Geschäftsverminderung noch nicht gezeigt. Eine so enorme Verminderung, die doch nur die Provinzen treffen könne, in denen die Verwaltungsreform schon eingeführt sei, entspreche durchaus nicht dem Umfang der Geschäfte und würde die noch bleibenden Räthe überbürden. Wenn das Haus gestern den Antrag, eine Regierungsraths-Stelle beim Berliner Polizeipräsidium zu streichen, nicht angenommen habe, so sei es die einfache Consequenz, auch den heute vorliegenden Antrag abzulehnen.

Abg. Wachler (Schweidnitz) empfiehlt dagegen dringend die Annahme des Commissionsantrages; er enthalte das Mindeste, was man verlangen könne. Er sei der Ansicht, daß eine bedeutende Abnahme der Geschäfte der Regierungen eingetreten sei, durch die Abwälzung vieler Verwaltungsgeschäfte auf die Kreisvertretung, und kirchliche Angelegenheiten auf die Consistorien. Eine Reduction von Beamten sei nicht in dem Maße eingetreten, wie es nöthig gewesen wäre.

Abg. v. Meyer (Arnswalde) knüpft an diesen Titel eine längere Ausführung über seine Stellung zur Kreisordnung, deren Gegner er als Mitglied der „feudalen" Partei gewesen sei, weil sie jede politische Bedeutung der Aristokratie und des Grundbesitzes aufgehoben habe. Die Bedeutung des Grundbesitzes liege nur noch im Bauernstande, und auch da wird sie sich bald verpüchtigen, wenn nicht dieses Haus inzwischen eine andere Gestalt annehmen sollte, was sehr wünschenswerth wäre (Heiterkeit). Jetzt führe er die Kreisordnung aus, und er führe sie gern aus, wie das in den altpreußischen Anschauungen beruht, in denen er, der Redner, lange vor 1848 in der Wolle gefärbt sei. Die Nachtheile der Kreisordnung seien zuerst die große Kostspieligkeit derselben, dann die Vermehrung der Schreiberei. Es sei merkwürdig, daß jedesmal, wenn man eine Verminderung der Bureaukratie anstrebe, beinahe wie in Folge eines festen Naturgesetzes eine Vermehrung der Schreiberei hervorgerufen wird. Der Redner behauptet, daß die Laienarbeit die Arbeit der technischen Beamten vermehrt habe, das zeige auch die Vermehrung der Journalnummern bei den Regierungen. Wenn man nun die Stellen bei dem obersten Verwaltungsgericht vermehre, trotzdem die Anzahl der vorhandenen Sachen eine sehr geringe ist, warum solle man da nicht die alten Regierungsrathsstellen bestehen lassen, zumal die Regierung selbst eine allmälige Verminderung derselben anstrebt?

Abg. Lasker spricht zunächst seine Freude darüber aus, daß der Vorredner, der es liebe, seine Erfahrungen aus dem Kreise Arnswalde auf den ganzen Staat zu übertragen, von seinem Widerspruch gegen die Kreisordnung zurückgekommen ist. Er bittet, den Antrag der Budgetcommission anzunehmen; die Arbeiten bei der Regierung haben sich dadurch vermindert, daß eben verschiedene Sachen dem Kreisausschusse überwiesen sind. Ein Nothstand wird bei den Regierungen durch die Streichung der Stellen nicht entstehen; sollte er entstehen, so sind ja im Etat Mittel vorhanden, demselben abzuhelfen.

Referent Abg. Weber (Erfurt) führt zum Schluß aus, daß er von der Erklärung des Regierungs-Commissars, nach welcher die Reducirung des Personalbestandes des Berliner Polizei-Präsidiums eine Consequenz der Reducirung des Bestandes der Bezirksregierungen sei, gern Act nehme, um davon später zu geeigneter Zeit Gebrauch zu machen. Für jetzt wolle er nur bemerken, daß er von dem ursprünglich beabsichtigten Antrag auf Absetzung einer Stelle bei dem Polizei-Präsidium nur deshalb zur Zeit Abstand genommen habe, weil ihm der zunächst betheiligte Ressort-Minister persönliche Erklärungen gegeben habe, nach welchen er glaube, darauf rechnen zu können, daß diejenige Thätigkeit, welche das Berliner Polizei-Präsidium als Landes-Polizeibehörde unberechtigter Weise auf Gebieten zu entfalten suchte, auf welchen nach den Gesetzen der Landespolizeibehörde keine Thätigkeit zusteht, in Zukunft nicht mehr vorkommen werde.

Der Antrag der Budgetcommission wird darauf angenommen.

Der Etat des Hauses der Abgeordneten wird mit einer Erhöhung des Gehaltes des Botenmeisters von 2100 Mark auf 2550 Mark und mit Vermehrung der Summe für „Unterhaltung der Gebäude" von 9000 Mark auf 14,000 Mark, behufs Anschluß an die Canalisation, ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die Berathung des der Budgetcommission überwiesenen Antrages des Abg. Bernhardt: „Die Staatsregierung zu ersuchen, mit der Errichtung von Försterschulen zur besseren Vorbildung der Anwärter für die Staats- und Gemeinde-Försterstellen so bald als möglich vorzugehen und dem Hause thunlichst schon mit dem nächstjährigen Staatshaushalts-Etat einen darauf bezüglichen Plan vorzulegen."

Die Budgetcommission beantragt mit Rücksicht auf die Erklärung des Vertreters der Staatsregierung, daß dieselbe bereit sei, nochmals den Versuch mit Errichtung von facultativen Försterschulen zu machen, über den Antrag des Abg. Bernhardt zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Bernhardt erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden, da die Motive desselben ausdrücklich die Zuversicht aussprechen, daß man mit den Försterschulen noch einen neuen Versuch machen werde.

Abg. Schmidt (Stettin) schließt sich gleichfalls dem Antrage der Commission an. Schon jetzt könnten die Oberforstmeister in den einzelnen Provinzen aufgefordert werden, diejenigen Oberförster und Förster zu bezeichnen, welche für die Ausbildung junger Leute, die die untere Forstcarrière machen wollen, besonders geeignet und geneigt sind. Die in Versammlungen von Forstmännern empfohlenen obligatorischen Försterschulen würden dem Staate bedeutende finanzielle Opfer auferlegen, und sei deshalb von solchen abzusehen. Es handele sich nur um die Staatsunterstützung facultativer Privatschulen, wie eine solche im Regierungsbezirk Trier früher bestanden habe.

Der Antrag der Budgetcommission wird hierauf angenommen.

Es folgt die Berathung des Etats des Cultus-Ministeriums.

Zu Titel 4 der Einnahmen, Cultus und Unterricht gemeinsam, beantragt Abg. Schumann: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Staats-Regierung aufzufordern, a. dem Landtage baldigst einen Gesetzentwurf über die Aufhebung des evangelischen Domstifts Brandenburg vorzulegen, b. die Einkünfte des genannten Stiftes unter Wahrung erworbener Rechte zu Kirchen- und Unterrichtszwecken zu verwenden, c. die erledigten oder bis zur Fertigstellung des beantragten Gesetzes zur Erledigung kommenden Präbenden nicht mehr an einzelne Personen zu verleihen.

Abg. Schumann: Die Staatsregierung hat den Commissarien des Hauses erklärt, es werde in den nächsten Tagen dem Landtage ein Gesetzentwurf in Betreff der Aufhebung der Stifter Naumburg, Zeitz und Merseburg vorgelegt werden, in Bezug auf das Domstift Brandenburg dagegen müsse es bei dem jetzigen Zustande sein Bewenden haben. Meine Herren! Die Verhältnisse liegen beim Domstift Brandenburg in keiner Weise anders, als bei den übrigen Domstiftern, und es ist hohe Zeit, daß endlich einmal dieses öffentliche Aergerniß aus der Welt geschafft werde. Die Einkünfte des Domstiftes Brandenburg belaufen sich auf 200,000 Mark jährlich. Diese gewaltige Summe kommt unter 12 Domherrn zur Vertheilung, von denen 10 weltliche und 2 geistliche Domherren sind; erstere sind sämmtlich entweder active oder inactive Staatsminister oder Generale; eine Stelle ist jetzt gerade erledigt und dazu soll der wohlbekannte frühere Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten von Selchew designirt sein. (Hört!) Die Verdienste dieser Herren mögen ja unbestritten sein (Heiterkeit), aber soviel ist gewiß, auf kirchlichem Gebiete liegen sie nicht und diese riesigen Summen, die die Herren beziehen, sind Kirchengüter. Diese Domherrn müssen nach den Statuten der protestantischen Confession angehören. Was aber haben sie sonst noch zu thun? Sie kommen, um die 200,000 Mark jährlich zu beziehen, alljährlich einmal in Brandenburg zusammen und halten daselbst ein feierliches Kapitel ab; d. h. sie schreiben ihre Generalquittungen aus und nachdem sie die Summen eingestrichen, diniren sie sehr schön und reichlich zusammen und fahren dann wieder nach Hause. (Heiterkeit.) Daß sie vorher noch im schwarzen Chorrock und im roth sammetnen Barret in die Domkirche gehen, um daselbst eine Predigt anzuhören, das ist die einzige Verbindung, welche die Corporation als solche noch mit der evangelischen Kirche unterhält; ich meine aber, das ist eine Reminiscenz, die heut zu Tage weit mehr als eine lächerliche Maskerade gelten muß, als daß sie der Würde der Kirche entspräche. (Sehr wahr!)

Die Domherren von Naumburg mußten doch wenigstens zwei Mal im Jahre noch eine lateinische Hora singen (Heiterkeit); ich will nicht sagen, daß ich auf solchen Gesang viel gebe, aber es wird dort doch wenigstens noch die Fiction aufrecht erhalten, daß der Genuß von Kirchengut nur auf Grund von kirchlichen Leistungen möglich sei. Für die Domherren zu Brandenburg aber ist von Leistungen außer bei Tisch absolut nicht mehr die Rede (Heiterkeit); und darum sage ich, es erfordert die Würde der evangelischen Kirche ebenso gut wie das sittliche Gefühl des Volkes energisch die Beseitigung eines derartigen Instituts. (Sehr wahr! Beifall.) Wie soll man es denn wagen, nach der Synodalordnung dort jetzt Kirchensteuern auszuschreiben, während Kirchengut noch in solcher Weise verwendet wird. Die Herren vom Centrum haben im vorigen Jahre gegen meinen Antrag gestimmt; ich hoffe, daß sie das diesmal nicht mehr thun werden. Ihr Parteiorgan, die „Germania“, hat sich zu Gunsten des Antrages ausgesprochen, die conservative Presse verhielt sich zustimmend oder schweigend, was doch gewiß schon viel sagen will. Selbst das bestbezahlte und geschickteste Reptil war nicht im Stande, für die Domstifter eine Lanze zu brechen; bloß der verehrte Regierungs-Commissar hat es vermocht, für die Sache einzutreten (Heiterkeit). Ich meine aber, es ist hohe Zeit, daß sein Chef, der Minister des Innern, der freilich selbst einer dieser Domherren ist, bei Sr. Majestät den Antrag befürwortet, daß dem wiederholten, dringenden Wunsche der Landesvertretung und des Volkes Folge gegeben und diese Domstifter aufgehoben werden. Soll man denn durchaus erst abwarten, bis die kirchlichen Synoden in ihrer pecuniären Bedrängniß ihre Stimmen mit der unsrigen vereinen? Bisher stand all unseren Klagen, Forderungen und Gründen immer nur der Ausspruch gegenüber: stat pro ratione voluntas. Aber solche Dinge müssen einmal beseitigt werden; sie können nicht eher zur Ruhe kommen, als bis sie im Sinne der Billigkeit und Gerechtigkeit geordnet sind. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Richter (Sangerhausen) In der Gruppe hat der Vertreter der Regierung uns die allerbündigste Erklärung gegeben, daß in der nächsten Woche uns ein Gesetz, betreffend die Aufhebung der sächsischen Domstifter, vorgelegt würde. Seitdem sind nun mehr wie drei Wochen vergangen, ohne daß dies Versprechen erfüllt wäre. Ich wäre begierig die Gründe für diese Verzögerung zu erfahren. Das Personal der sächsischen Domherrn ist gegenwärtig auf zwei herabgesunken und von diesen bezieht jeder nicht weniger als 48,000 Mark jährlich (Hört!), ohne Hinzurechnung ihrer Amtswohnung und diese ungeheuren Summen werden ohne jegliche Gegenleistung bezogen.

Abg. Zelle (Berlin): Die Regierung ist ebenso wie bei den sächsischen Domstiftern auch bei dem zu Brandenburg gesetzlich zur Aufhebung befugt und berechtigt. Es geht dies unzeideutig aus den Bestimmungen des Edicts von 1810 hervor, wonach die Kirchengüter säcularisirt und zugleich angeordnet wurde, daß eine jede Ristituirung, wie solge thatsächlich bei dem Domstifte zu Brandenburg 1826 eingetreten ist, von dem Nachfolger des Königs jederzeit wieder aufgehoben werden könne.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Forch: Meine Erklärung in der Gruppe, die optima fide abgegeben wurde, hat leider an der Macht der Thatsachen Schiffbruch gelitten. Es sind noch im letzten Augenblicke im Schooße des Staatsministeriums, und zwar vom Standpunkt allgemeiner financieller Interessen her (Hört) Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten, welche die beiden unmittelbar betheiligten Ressortminister, der Cultusminister und der Minister des Innern, bis jetzt zu beseitigen nicht im Stande waren. Voraussichtlich wird gleichwohl der Gesetzentwurf in der nächsten Zeit vorgelegt werden können. Dem Vorredner muß ich bemerken, daß von den sächsischen drei Domherren nicht, wie er angab, Jeder 48,000 Mark jährlich bezieht, sondern daß diese Summe sich auf die drei Mitglieder vertheilt. Bezüglich der sächsischen Domstifter sind die Verhandlungen nun seit 50 Jahren im Fluß (Große Heiterkeit), und ich kann mich daher der Hoffnung hingeben, daß sie bald ihre Erledigung finden werden. Anders liegt die Sache bei dem Domstift Brandenburg. Hier kann die Regierung nicht anerkennen, daß die Reorganisation dieses Domstifts, die auf der Verordnung von 1826 beruht, durch das Editionsedict von 1810 irgendwie gesetzlich tangirt wird. Das Domstift besteht legaliter vollständig zu Recht, eine Ansicht, die auch im Jahre 1850 bei Gelegenheit eines Streites wegen der Jagdberechtigung an der Havel durch den Proceßrichter anerkannt worden ist. Der Kläger in diesem Proceß gegen das Domstift Brandenburg war der Fiscus und derselbe hat es bei diesem Entscheid des Richters (Ruf: In welcher Instanz?), es war dies allerdings in der ersten Instanz (Aha!), bewenden lassen. Ich kann dem Hause daher, was das Domstift Brandenburg betrifft, einen Gesetzentwurf, der die Aufhebung desselben ausspricht, nicht in Aussicht stellen. (Hört)

Abg. Eberty beantragt, die königliche Staatsregierung aufzufordern, den aufgestellten Gesetzentwurf in Betreff der Reorganisation der drei sächsischen Stifter dem Landtage ungesäumt vorzulegen. Nach Ablehnung dieses Antrages wird der Antrag Schumann mit großer Majorität angenommen.

Es folgt die Berathung des Cultusetats. Cap. 114 Tit. 1 wirft für den Minister 36,000 Mk. aus.

Abg. Dr. Franz: Wenn ich die Verwaltung des Cultusministers überblicke, so kann ich nur sagen, daß die Thätigkeit desselben keine aufbauende, sondern eine destructive ist und besonders auf dem Gebiete, auf welchem er anscheinend so viel Lorbeern geerntet hat, auf dem des Unterrichts. Seitdem der unselige Culturkampf auf das Gebiet der Schule verpflanzt ist und die Lehrer mit Vorliebe sich demselben ergeben haben, weil sie sich damit den Dank der Schulinspectoren, die die Römlinge hassen und das Bildniß des Cultusministers in alle Conferenzimmer colportiren (Oho! links), zu verdienen glauben, hat der Culturkampf noch an Heftigkeit zugenommen. In den Schulen wird jetzt mehr auf Gesinnungstreue als auf Tüchtigkeit gegeben, die früheren Lehrer sind vertrieben und so kommt es, daß Ende 1875 3724 Stellen vacant waren, von denen 1689 interimistisch mit ungeprüften, 1897 mit geprüften Lehrern aus anderen Klassen vertretungsweise besetzt werden mußten, während 148 ganz unbesetzt blieben. Der Religionsunterricht ist den Geistlichen genommen und die Eltern dürfen ihre Kinder nicht in andere Schulen schicken, trotzdem sie über ein solches Verfahren aufs Höchste erbittert sind. So werden die heiligsten und natürlichsten Rechte der Eltern und der Kirche täglich verletzt. Während man jetzt dem Landtage ein Gesetz vorlegt, welches die Communen mit 1,920,000 Mk. für den Bau von Besserungsanstalten für verwahrloste Kinder belasten soll, ergehen zu gleicher Zeit die schärfsten Vorschriften zur Aufhebung der Kleinkinderbewahranstalten, welche von Ordensschwestern geleitet wurden und den Communen nichts kosteten, als die freiwilligen milden Beiträge. Was hat nun eigentlich der Culturkampf erreicht? Nach den vier Jahren, welche er jetzt währt, hat er nichts als traurige Ruinen hinterlassen. Der Abg. Miquel hat neulich für milde Anwendung der Gesetze plaidirt, eine solche kennen wir nicht, überall erfahren wir die härteste und grausamste Behandlung, die Jeden empören muß. In dem Lande herrscht die größte Erbitterung, die Gesetze haben die Achtung verloren und die Gefängnisse verlieren ihre Schrecken.

Die religiösen Gefühle des Volkes werden geradezu mit Füßen getreten, wie ein Fall beweist, den ich für unerhört gehalten hätte. In Schlesien in Oberwaldau war die Pfarrstelle erledigt, und der dortige Patron, derselbe, welcher die Katholiken dort als „Bande“ bezeichnete (Hört! hört! im Centrum), wofür er allerdings vom Gericht verurtheilt wurde (Hört! hört! links), richtete an Prof. Hinschius die Frage, ob er einen Altkatholiken anstellen könne, also in einem Landestheile, in welchem kein Mensch altkatholisch ist, und da Hinschius die Frage bejahte, so wurde der altkatholische Pfarrer wirklich angestellt. Natürlich ging Niemand in die Kirche, der Kirchenvorstand remonstrirte gegen die Anstellung, der Cultusminister erklärte jedoch, daß er nichts thun könne, da der Patron gesetzlich vorgegangen sei, und als der Kirchenvorstand jenen Pfarrer nicht als Mitglied anerkannte, wurde er aufgelöst. Auf die gesetzliche Grundlage des Verfahrens will ich nicht eingehen, aber Sie sehen da eine Illustration zu der Gemeindefreiheit, die Sie immer so sehr verfechten. Wir kommen auf diese Weise zu irischen Zuständen, wo die Staatsgeistlichen die Pfründen genießen, während die katholischen Geistlichen von Thür zu Thür betteln gehen müssen. Die Erbitterung durch solches Vorgehen wächst im Lande täglich, und wir brauchen unsererseits nichts zur Wahlagitation zu thun. Aber ich glaube, es ist Pflicht der Landesvertretung, sich ernstlich die Frage vorzulegen, ob es erträglich ist, daß die Erbitterung von 8 Millionen Katholiken täglich provocirt wird, — denn ohne solche Provocation verhält sich, Gott sei Dank, das Volk ruhig. (Links: Sehr wahr!) Ich bin überzeugt, daß Sie, wenn Sie von jedem Parteistandpunkte absehen, sich sagen müssen: es ist nicht zu ertragen und es muß ein Weg gefunden werden zum Wohle des Staates und der Kirche. (Beifall im Centrum.)

Cultusminister Dr. Falk: Es muß sehr schlimm im Lande stehen, wenn der Unterrichtsminister sich sagen lassen muß, er vergifte die Schule, er trete die Religion mit Füßen, er kränke die katholische Kirche. (Sehr richtig im Centrum.) Das Haus wird es nicht als Mangel an Rücksichtnahme auslegen, wenn ich keinen rechten Grund zu haben glaube, auf alle diese Dinge einzugehen. (Sehr richtig! links.) Wenn der Vorredner die Behauptung aufstellte, daß ich den Culturkampf in die Schulen getragen habe, so liegt doch darin eine Verwechselung seiner Partei mit meiner Person. (Sehr richtig!) Ich soll den Culturkampf mit großer Härte geführt haben, während ich doch viel milder war als die Gerichte. Wenn der Vorredner es aber Grausamkeit nennen will, wenn ich die Gesetze ernst nehme, so mag er Recht haben: aber wo in aller Welt wäre eine laxe Handlung dieser ernst gemeinten Gesetze weniger am Platze, als dieser Fraction (auf das Centrum deutend) gegenüber? Mögen Sie Reden halten, so viel Sie wollen, mich machen Sie nicht irre, und aller Mühsal ungeachtet werde ich diese Gesetze ausführen. (Beifall.) Dann hat der Vorredner einen Specialfall angeführt, dabei aber bemerkt, auf den gesetzlichen Standpunkt wolle er sich nicht einlassen: ja, das ist ja gerade die Hauptsache. (Sehr richtig!) Denn einem vom Patron präsentirten Geistlichen gegenüber steht der Regierung nur in drei bestimmten, gesetzlich vorgeschriebenen Fällen der Widerspruch zu. Ein Mittel wäre gewesen, wenn ein Bischof vorhanden gewesen wäre, welcher der Präsentation aus kirchlichen Gründen hätte widersprechen können. Und warum ist kein Bischof vorhanden? Er hat es im Verein mit seinen Amtsgenossen für eine Verletzung seiner kirchlichen Pflichten gehalten, diejenigen Persönlichkeiten zu bezeichnen, welche er für ein Pfarramt designirte. An diesen vom Auslande aus seine Diöcese regierenden Bischof wenden Sie sich um Abhilfe, die Staatsregierung kann sie nicht gewähren.

Es wird nun häufig von Ihnen (im Centrum) gesagt: Wir brauchen nicht zu agitiren, die Achtung vor dem Gesetze geht doch verloren. So wohlfeil diese Redensart ist, unwahr ist sie auch. Es bedarf der allergrößten Agitation, um solche Resultate herbeizuführen, wie sie vorliegen. (Sehr richtig! Widerspruch im Centrum.) Und diese Agitation wird redlichst geübt, hier im Hause und draußen. Denn wenn ein Redner den Satz wiederholt ausspricht: die Gesetze sind nur in Form eines Gesetzes gekleidete Willkürmaßregeln, so ist das Agitation. Unterlassen Sie einmal diese Provocationen, so werden Sie das Resultat bald sehen. Der Vorredner steht mit einem hervorragenden Blatte Schlesiens in Verbindung und in der Provinz wird ihm ein Name beigelegt, der allerdings eine bedeutende Autorität ausdrückt; man nennt ihn nämlich den schlesischen O'Connel. (Große Heiterkeit.) Wer solch ein Ansehen genießt, der brauche es doch einmal, um die Provocationen zur Ruhe zu verweisen. Ob dann freilich der Abg. Franz noch wiedergewählt wird, weiß ich nicht. (Sehr gut!)

Um 4¼ Uhr vertagt das Haus die Debatte bis Sonnabend 10 Uhr. (Kleinere Gesetze; Erweiterung der Verwendung der Provinzialdotationsfonds und Etat.)

Berlin, 16. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Ober-Tribunalsrath Kirchhoff zum Mitgliede des königlichen Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten, und den ersten Seminarlehrer Päch in Oranienburg zum Seminar-Director ernannt.

Dem Seminar-Director Päch ist das Directorat an dem evangelischen Schullehrer-Seminar zu Waldau verliehen worden.

Dem Kreisgerichtsrath Streuber in Ueckermünde sind die Functionen des Dirigenten der dortigen Gerichts-Deputation übertragen. Der Kreisrichter Theys in Medebach ist an das Kreisgericht in Bielefeld versetzt. — Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Gerichts-Assessor Berckemeyer bei dem Kreisgericht in Anklam mit der Function bei der Gerichts-Deputation in Ueckermünde, und der Gerichts-Assessor Miernicki bei dem Kreisgericht in Inowrazlaw. — Der Kreisrichter Meyländer in Königsberg i. Pr. ist gestorben.

Berlin, 16. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen im Laufe des Tages Se. Königliche Hoheit den Erbgroßherzog von Oldenburg, den Ober-Präsidenten der Rheinprovinz, Wirklichen Geheimen Rath v. Bardeleben, den Adjutanten Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Alexander, Obersten v. Winterfeld, und nahmen die täglichen Vorträge, sowie den Vortrag des Polizei-Präsidenten von Madai entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte heute mit Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit dem Kronprinzen der Gedächtnißfeier weiland Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Großherzogin von Sachsen, Großfürstin von Rußland, in der griechischen Kapelle der russischen Botschaft bei.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern militärische Meldungen und den Vortrag des Corvetten-Capitäns Frhrn. von Hollen entgegen.

Um 12 Uhr empfing Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit den Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, Dr. Friedenthal. (Reichs-Anz.)

W.T.B. **Berlin**, 16. Febr. [Rede des Kaisers bei der Einführung des Prinzen Wilhelm.] Wir sind in den Stand gesetzt, die Anrede, welche des Kaisers und Königs Majestät am 9. d. M. an den Prinzen Wilhelm von Preußen K. H. bei Höchstdessen Eintritt in das 1. Garde-Regiment z. F. gehalten, ihrem Wortlaut nach mitzutheilen.

„Ich hätte gewünscht, Meinen Enkel, der heute in das öffentliche und Dienstleben tritt, dem Offiziercorps des 1. Garde-Regiments selbst vorstellen zu können, wie Ich es 1849 mit Meinem Sohne thun konnte, aber in dieser Jahreszeit muß Ich Mir bei Bewegung im Freien Schonung auferlegen. Daher habe Ich Sie, die nunmehrigen Vorgesetzten Meines Enkels, berufen, Ihnen denselben beim Beginn dieses, für ihn neuen Lebens-Abschnitts vorzustellen. Ihre Aufgabe wird es sein, ihn im Dienst und zu den Aufgaben des Soldaten zu erziehen.“

(Sich zum Enkel wendend.)

„Aus der Geschichte weißt Du, wie alle Könige Preußens, neben ihren anderen Regentenpflichten, stets eines ihrer Hauptaugenmerke auf das Heer gerichtet haben. Schon der Große Kurfürst hat durch persönlichen Heldenmuth seinen Schaaren ein unübertroffenes Beispiel gegeben. Friedrich I. wußte sehr wohl, daß, als er sich die Krone auf das Haupt setzte, er diesen kühnen Schritt zu vertheidigen genöthigt sein könne. Er wußte aber auch, daß seine schon erprobten Truppen ihm dies ermöglichen würden. Friedrich Wilhelm I. hat in der Garnison, welche Du nun beziehst und die man gern die Wiege der preußischen Armee nennt, den festen Grund zu ihrer Organisation durch die strenge Disciplin gelegt, welche er Offizieren und Soldaten einprägte, ohne welche keine Armee bestehen kann, und dieser — sein — Geist lebt heute noch in ihr fort. Friedrich der Große übernahm, mit seinem angeborenen Feldherrn-Talente, diese festgegliederten Truppen als Kern seiner Armee, mit der er die Kriege führte und die Schlachten schlug, die ihn unsterblich gemacht. Friedrich Wilhelm II. mußte zuerst einer veränderten Kriegsart begegnen, welcher gegenüber das Heer doch nicht ohne Lorbeeren aus dem Kampfe hervorging. Mein Königlicher Vater begegnete dem gleichen Feinde und ein schweres Geschick traf Vaterland und Heer. Aber das Alte, Unhaltbare beseitigend, reorganisirte er die Armee und gründete sie auf Vaterlandsliebe und Ehrgefühl. So erreichte er mit ihr Erfolge, welche auf ewige Zeit in den Annalen der preußischen Armee verzeichnet stehen. Mein schwergeprüfter Bruder, König Friedrich Wilhelm IV., sah mit Genugthuung auf seine Armee, die in schweren schmerzlichen Tagen fest zu ihm stand, die er zeitgemäß fortbildete und neue Lorbeeren pflücken konnte. — So fand Ich die Armee. Wenn es je eine Regierung von erst kurzer Dauer gegeben, deren Geschicke sichtlich durch die Vorsehung gnädig gelenkt wurden, so ist es die der letzten Jahre. — Und wieder ist es die Armee, die durch ihren unerschütterlichen Muth und ihre Ausdauer Preußen auf die Höhe gestellt hat, auf der es nun steht. Das Garde-Corps, welchem Du schon angehörst und mit ihm das Regiment, in welches Du jetzt eintrittst, haben in hervorleuchtender Weise zu diesen ruhmreichen Erfolgen beigetragen. Die Zeichen, die Ich auf Meiner Brust trage, sind der öffentliche Ausdruck Meiner unauslöschlichen Dankbarkeit und Meiner nie endenden Anerkennung für die Hingebung, mit welcher die Armee Sieg auf Sieg erfochten hat. Deine Jugend ist in diese Zeit gefallen und Du hast in Deinem Vater ein ehrendes Vorbild der Kriegs- und Schlachtenleitung. Es werden Dir aber in den Dienstverhältnissen, in welche Du nun trittst, manche dem Anscheine nach unbedeutende Dinge entgegentreten, die Dir vielleicht auffallen können; aber Du wirst auch lernen, daß im Dienste Nichts klein ist und daß jeder Stein, der zum Aufbau einer Armee gehört, richtig geformt sein muß, wenn der Bau gelingen und fest sein soll!

(Zu den Vorgesetzten gewendet.)

„So übergebe Ich Ihnen nun Meinen Enkel, um seine militärische Erziehung zu leiten, ein Jeder nach seinem Standpunkte und wird dies zunächst die Aufgabe seines Compagnie-Chefs sein, damit er einst ein würdiger Nachkomme der Ahnen Meines Hauses werde.

(Zu seinem Enkel gewendet.)

„Nun gehe, und thue Deine Schuldigkeit, wie sie Dir gelehrt werden wird. Gott mit Dir!“

Als Vorgesetzte anwesend waren: Der commandirende General des Garde-Corps, General-Oberst, Prinz August von Würtemberg K. H., General-Lieutenant v. Pape, Commandeur der 1. Garde-Infanterie-Division, General-Major v. L'Estocq, Commandeur der 1. Garde-Infanterie-Brigade, Oberst v. Derenthal, Commandeur des 1. Garde-Regiments z. F., Major Graf v. Rantzau, Commandeur des 2. Bataillons, Hauptmann von der 6. Compagnie, v. Petersdorff, bei welcher Prinz Wilhelm K. H. eintritt. — Außerdem: Des Kronprinzen Kaiserl. und Königl. Hoheit. Der General-Adjutant, General-Major von Albedyll. Der Flügel-Adjutant, Major v. Lindequist.

⊙ **Berlin**, 16. Febr. [Der Minister des Innern. — Der Reichsetat.] Es erweist sich als völlig irrig, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Minister des Innern und dem Finanzminister über die budgetmäßige Behandlung der Position für den Unterstaatssecretär im Ministerium des Innern ein Anlaß zu tieferen Differenzen und gar zu einem Demissionsgesuch gewesen sei. Der Minister des Innern hatte, als er sich zu dem Antrage Lasker's zustimmend aussprach, nur die augenblickliche praktische Lösung ins Auge gefaßt. Als nun unmittelbar darauf bei vertraulicher Rücksprache der Finanzminister den bisher stets festgehaltenen Standpunkt der Regierung geltend machte, erklärte der Minister des Innern sofort und ohne alles Bedenken seine Uebereinstimmung und instruirte seinen Commissar, in der Budgetcommission sich den grundsätzlichen Erklärungen des Commissars des Finanzministers ohne Weiteres anzuschließen. Es lag mithin aus diesem Anlaß kein Zwiespalt vor, der erst zu versöhnen gewesen wäre. — Die Einzeletats des Reichshaushaltsetats für 1877/78 liegen jetzt sämmtlich vor, bis auf den Militäretat, der aber auch demnächst zur Vorlage bereit sein wird. Der Reichstag findet also, was anderweitigen Nachrichten gegenüber hervorgehoben werden muß, bei seinem Zusammentritt vollauf zu thun vor. — Von den Special-Etats ist gestern noch der Etat des Auswärtigen Amtes eingegangen. Derselbe normirt die Einnahmen auf 370,555 Mark, 57,960 Mark mehr als im Vorjahre, die fortdauernden Ausgaben auf 5,938,255 Mark, 345,800 Mark mehr, die einmaligen Ausgaben auf 1,184,050 Mark, 181,450 Mark weniger. Unter den fortdauernden Ausgaben findet man u. A. 5000 Mark als Zulage zu dem Gehalt des Directors des Auswärtigen Amtes und 8700 Mark als Besoldung für einen neuen vortragenden Rath. Der Dispositionsfonds zur Annahme von Hilfsarbeitern ist von 61,950 Mark auf 85,000 Mark erhöht worden, da ein größeres Personal erforderlich ist. Das Diensteinkommen des Botschafters in London soll mit Rücksicht auf die Theuerung um 30,000 Mark, das der Botschaftsbeamten in St. Petersburg um 31,000 Mark erhöht werden. Das früher unbesoldete Consulat in Algier wird mit 16,000 Mark dotirt, die theils bisher unbesoldeten, theils neuen Consulate zu Barcelona mit 15,000 Mark, zu Chicago mit 29,000 Mark, zu Port au Prince mit 24,000 Mark.

[Sr. Majestät Schiff „Augusta“] ist, telegraphischer Nachricht zufolge, am 14. d. M. in Sidney eingetroffen. — Sr. Majestät Schiff „Hertha“ befand sich zu derselben Zeit noch in Aukland. — An Bord Alles wohl.

Schleswig, 14. Febr. [Der Gerichtshof für die Aburtheilung von Disciplinarvergehen der Reichsbeamten] in der Provinz Schleswig-Holstein war hier zu einer Sitzung zusammengetreten. Den Vorsitz führte der Appellationsgerichtsrath Hall aus Kiel. Als Vertreter der Staatsanwaltschaft fungirte Dr. Dambach, Geheimer Rath aus dem Generalpostamt in Berlin. Vertheidiger war der Rechtsanwalt Dr. Belmonte aus Hamburg. Die gegen den Postsecretär Klinck aus Ottensen gerichtete Anklage stützte sich im Wesentlichen darauf, daß dessen Frau, die sich gewerbsmäßig mit literarischen Arbeiten beschäftigt, in öffentlichen Blättern u. A. auch postalische Angelegenheiten besprochen, namentlich aber im „Hamburger Correspondent“ vom 12. Juli 1876 einen Artikel zum Abdruck gebracht hatte, in dem Verfügungen des Generalpostamts bezw. der Oberpostdirection in Hamburg in gehässiger Weise kritisirt worden, und ferner darauf, daß der Angeklagte hierzu seiner Frau aus amtlichen Quellen geschöpftes Material zugetragen, daß er um die Abfassung des fraglichen Artikels gewußt und trotz seiner amtlichen Stellung die Veröffentlichung nicht verhindert habe. Er sei daher gewissermaßen als intellectueller Urheber oder doch der Theilnahme schuldig, somit disciplinarisch zu bestrafen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte Strafversetzung und eine Geldbuße von 300 Mark. Der Vertheidiger plaidirte für kostenlose Freisprechung, event. Erkennung einer sogenannten Ordnungsstrafe. Der Disciplinargerichtshof erkannte in Erwägung, daß die dem Angeschuldigten etwa als strafbar anzurechnenden Handlungen nicht erwiesen seien, auf Freisprechung und Niederschlagung der Kosten.

Altona, 16. Febr., Abends. [Nach dem nunmehr ermittelten Resultate] der gestern stattgehabten Reichstagswahl hat Karsten

13,093, Hartmann 13,157 Stimmen erhalten, gegen 120 Stimmen haben sich auf verschiedene Candidaten zersplittert, so daß jedenfalls eine engere Wahl stattfinden wird.

Posen, 14. Februar. [In Betreff der Fastendispense] haben, wie man hört, die Geistlichen in den hiesigen katholischen Kirchen gestern nach den Predigten erklärt, ein Jeder müsse von selbst wissen, wie er sich während der nunmehr beginnenden Fastenzeit zu verhalten habe; Fastendispense können nicht ertheilt werden. Es scheint demnach die Verurtheilung des Propstes Pedzinski wegen Ertheilung von Fastendispensen nicht ohne Wirkung zu sein.

Dresden, 14. Februar. [Neue Fraction.] Die „Dresdener Nachrichten“ legen denjenigen sächsischen Reichstagsabgeordneten, welche bisher Mitglieder der (freiconservativen) deutschen Reichspartei waren, dringend ans Herz, sich von einer Partei zu trennen, welche in dem Grafen Bethusy und dem Dr. Lucius „anerkannt einheitsstaatliche“ Führer habe und in welcher die „fanatischen Anhänger des Reichseisenbahnprojects“ säßen, dagegen sich der von Würtemberg aus angekündigten (von der dortigen Regierung übrigens im Voraus desavouirten) neuen „bundesstaatlichen“ (d. h. particularistischen) Fraction anschließen.

Stuttgart, 14. Februar. [Der Kammer der Abgeordneten] wurde heute ein Gesetzentwurf vorgelegt, worin die Regierung für den präsumtiven Thronfolger, Prinzen Wilhelm, von seinem morgigen Vermählungstage an eine jährliche Apanage von 100,000 Mark verlangt.

Stuttgart, 16. Febr. [Trauung.] Der heutige „Staatsanz.“ verkündigt die gestern in Arolsen vollzogene Trauung des präsumtiven Thronfolgers, Prinzen Wilhelm von Würtemberg mit der Prinzessin Marie von Waldeck und Pyrmont.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 14. Febr., Abends. [Frankreich und Deutschland. — Die Ausstellung der Gemäldesammlung des Duc d'Aumale. — Blanqui.] Wir erwähnten zu wiederholten Malen der wunderlichen und albernen Vorstellungen, die man sich hier in den politischen Kreisen betreffs der machiavellistischen Absichten des Fürsten Bismarck macht. Die Presse hat es bisher unterlassen, diese Ideen zu bekämpfen; es verdient daher bemerkt zu werden, daß heute der „Messager de Paris“ gegen dieselben reagirt. „Was unsere Beziehungen mit Preußen angeht“, sagt er, „so wäre es dem geschicktesten Neuigkeitsfabrikanten unmöglich, eine einzige Thatsache anzugeben, welche auf die Verschlimmerung derselben deutet. Man muß endlich mit dieser alten Redensart ein Ende machen, wonach der Fürst Bismarck der Mann wäre, Frankreich ohne Grund den Krieg zu erklären, und wonach unter solchen Umständen Deutschland bereit wäre, ihm zu folgen. Es ist das ein Kindermärchen; der Fürst Bismarck mag sehr empfindlich und sehr anspruchsvoll uns gegenüber sein, und wenn wir das geringste Unrecht Deutschland gegenüber hätten, so könnte er uns sehr von oben behandeln. Alles das läßt sich vertheidigen, aber wenn man glauben machen will, daß ein Mann, welcher weiß, daß er die große Figur des Jahrhunderts bleiben wird, auf brutale Art und ohne den Schatten eines Vorwandes Händel mit uns suchen werde, auf die Gefahr hin, ganz Europa ein Aergerniß zu geben und seinen eigenen Ruhm zu beschädigen, so heißt das doch zu sehr auf die Abwesenheit der öffentlichen Vernunft rechnen. — Die Nachricht von der Ausstellung der Gemälde des Duc d'Aumale in dem Faubourg St. Honoré berichtigt der „Gaulois“ dahin, daß diese Ausstellung erst im nächsten Herbst, und nicht in Paris, sondern in dem Schlosse des Herzogs zu Chantilly stattfinden werde. — Der bekannte Revolutionär Blanqui wird von der Strafanstalt in Clairvaux nach dem Schlosse If hinübergebracht werden.

Paris, 14. Febr. [Ministerielles.] Am Montag Abend, schreibt man der „K. Ztg.“, fand zwischen Simon und Decazes bei dem Senatspräsidenten Herzog d'Audiffret-Pasquier eine Versöhnung statt, zu der Simon nach einer längeren Unterredung mit Mac Mahon den ersten Schritt that. Der Marschall hatte seinem Conseilpräsidenten in der ihm eigenthümlich trockenen Weise seine Unzufriedenheit über die gegen den Minister des Auswärtigen gerichteten Angriffe kund gethan und fügte hinzu, daß er keineswegs Anstand nehme, Simon selbst für dieselben verantwortlich zu machen. Er soll besonders darauf hingewiesen haben, daß der Herzog Decazes auf der Tribüne vertheidigt, aber zugleich in dem „Siècle“, dem „XIX. Siècle“ und im „Gironde“ angegriffen worden sei. Jules Simon erwiderte, daß er auf die genannten Blätter keinen Einfluß mehr ausübe. Vor der Hand wird nun Alles beim Alten bleiben. Das lehrt, daß der Einfluß Jules Simon's, der sich auf der Tribüne als allmächtig darstellte, ein äußerst beschränkter ist, und ihm die Hände eben so gebunden sind, wie seinem Vorgänger Dufaure. Unter Ludwig XVIII. bot der Herzog von Berry, der Neffe des Königs, Alles auf, um den Vater des heutigen Ministers des Auswärtigen, der beim König in hoher Gunst stand, zu stürzen. Es gelang ihm nicht, und ein Witz, den er über ihn machte, trug ihm sogar eine längere Verbannung vom Hof ein. Eines Abends spielte Ludwig XVIII. Schach mit dem damaligen Herzog Decazes. Dieser bot Schach dem König, und Ludwig befand sich in großer Verlegenheit: „Mon neveu“, sagte er, „la monarchie est en danger, quel conseil me donnez vous?“ Ludwig brauchte seinen König nur auf ein anderes Feld zu setzen, um ihn außer Gefahr zu bringen, und der Herzog von Berry erwiderte: „Sire, changez de case“ (Decazes.)

[Die Zustände in Lyon.] Lyoner Blätter bezeichnen die Schilderung, welche vor einigen Tagen in der Kammer über die Noth der Seidenarbeiter gemacht wurde, als übertrieben; namentlich macht der „Moniteur des Soies“ Vorbehalte. Dieses Fachblatt äußert:

„Das Uebel sei zwar groß, aber warum es noch vergrößern? In Lyon bestehen 25- bis 30,000 Webstühle, von denen eine gute Hälfte in Arbeit ist. Wie in ähnlichen Fällen schafft ein Theil dieser Stühle eine größere Anzahl Stoffes, weil zwei Arbeiter an einem Stuhl arbeiten und derselbe deßhalb fortwährend in Arbeit bleibt. Folglich ist bei Weitem nicht die in der Kammer genannte Anzahl Arbeiter unbeschäftigt. Herabsetzung der Tarife fand gar nicht Statt. Die Preise jeder Façon sind zwischen Fabrikanten und Arbeitern vereinbart, schon zu einer Zeit, wo eine große Thätigkeit hohe Tarife ermöglichte. Diese bestehen noch in Kraft und haben, so weit wenigstens dem „Moniteur des Soies“ bekannt, bis jetzt zu keinen Streitigkeiten Veranlassung gegeben. Die Klosterarbeit kommt hier nicht in Betracht, denn seit 1848 bestehen keine Webstühle in den Klöstern. Betreffs der Theuerung der Seide bemerkt der „Moniteur des Soies“, daß er den sachverständigen Leuten nichts Neues erzähle, wenn er sage, daß in den Jahren 1868 und 1869 namentlich und von 1870 bis 1872 die hohen Preise der Seide trotz der Ereignisse nicht im geringsten die Production aufhielten, die so thätig war, daß sie oft das Bedürfniß überstieg.“

Dagegen schreibt man der „K. Z.“ von hier:

Die industrielle Krisis, welche in Lyon herrscht, verschlimmert sich. Die Hilfscommission befindet sich Anforderungen gegenüber, welche mit der Geringfügigkeit ihrer Mittel in keinem Verhältnisse stehen. Man hat Bezirkscommissionen ernannt, aber jede dieser Commissionen hat nur 5000 Frs. bekommen; nur die Commission von Croix Rousse, dem ärmsten Theile der Stadt, hat 10,000 Frs. erhalten. Solche Summen sind natürlich ungenügend, um der Noth von Tausenden von Arbeitern abzuhelfen, sie reichen kaum für die wirklichen Bedürfnisse eines Tages aus. Man will nun Subscriptionen eröffnen und ein großes Wohlthätigkeitsfest geben; es ist auch die Rede davon, eine Ausstellung zu veranstalten, in der Art jener Ausstellung, die man seiner Zeit in Paris zum Besten der nothleidenden Elsässer veranstaltet hatte. Einige Stadträthe haben Hilfsgelder bewilligt, aber sie sind von geringer Bedeutung; der von Marseille giebt 10,000 Francs, der von Valence 1000 Francs, der von Libourne 500 Francs u. s. w. Die Handelskammer von Lyon hat dem Hilfscomite die Summe von 20,000 Francs zur Verfügung gestellt. Subscriptionen sind eröffnet worden zu Paris, zu Reims und zu Bourges. Die erste Subscriptionsliste der Deputirtenkammer hat nur 1550 Frs. ergeben. Die reichen Kaufleute von Lyon, die meistens zur clericalen Partei gehören, halten sich fast alle zurück; es erklärt sich aus politischen Gründen, wie Gleiches auch in andern Städten vorkommt. Mehrere Municipalräthe von Paris hatten einen Antrag gestellt, den Lyoner Arbeitern eine Unterstützung von 25,000 Frs. zu gewähren, aber der Seinepräfect hat diesen Antrag nicht gestattet, da der Municipalrath eben in außerordentlicher Session versammelt ist und in solchem Falle die Mitglieder nicht das Recht der Initiative haben. Man muß also die ordentliche Session abwarten. Dagegen gehen die Subscriptionen für die katholischen Universitäten vortrefflich; für die von Toulouse sind schon 200,000 Frs. gezeichnet und für die von Lyon 400,000 Frs. Die dafür in den Kirchen von Lyon gemachten Sammlungen beliefen sich am vorvorigen Sonntag allein auf 100,000 Frs.

Provinzial-Zeitung.

—d. **Breslau**, 16. Febr. [Schlesischer Centralverein zum Schutz der Thiere.] Die am 15. d. Mts. in Beck's Restauration abgehaltene Vorstandssitzung eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Rechnungs-Rath und Hauptmann a. D. Jänicke, mit Einführung der neuen Vorstandsmitglieder. — Auf ein Schreiben an die Direction der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn, betreffend die schlechte Beschaffenheit der Zufuhrwege zum hiesigen Güterbahnhofe, antwortet die qu. Direction dahin, daß sie Recherchen, event. Abhilfe des beregten Uebelstandes eintreten lassen werde. — Mitgetheilt wird, daß gegenwärtig wieder die Vogelstellerei vorzugsweise vor dem Ohlauer- und Oder- und Sandthor ihren Anfang nimmt. Das Polizei-Präsidium soll hiervon mit der Bitte in Kenntniß gesetzt werden, diesem Unwesen möglichst zu steuern. — Es wird beschlossen, an die Directionen des botanischen und zoologischen Gartens das Gesuch zu richten, dem Thierschutzvereine zu gestatten, Nistkästchen für Vögel (speciell für Staare) in den qu. Gärten aufhängen zu lassen. Eben so soll die Promenaden-Deputation ersucht werden, ihrerseits Nistkästchen im Scheitniger Park anbringen zu lassen. — Zimmermeister Gliwitzki zeigt eine neue verbesserte Schlachtmaske (foudrayer), welche auch in der nächsten öffentlichen Sitzung ausliegen wird. — Verschiedene Anzeigen von Thierquälereien werden der Polizei-Anwaltschaft überwiesen. — Zum Schluß der Sitzung werden Referate aus eingegangenen Thierschutzschriften gegeben und interne Vereinsangelegenheiten erledigt.

—d. **Breslau**, 16. Februar. [Verein schlesischer Gastwirthe zu Breslau.] In der letzten Sitzung wurde nach Aufnahme einer Reihe neuer Mitglieder Bericht über die Dienst-Controle erstattet. Seit Eröffnung des Bureaus sind 85 Aufträge eingegangen, davon erledigt 71, nicht perfect geworden 7, und noch zu erledigen 7 Aufträge. Mit festem Engagement wurden placirt: 33 männliche Personen und zwar 23 Kellner incl. Burschen, 10 Haushälter und Putzer; von weiblichen Personen 17 und zwar 1 Kassirerin, 3 Köchinnen, 5 Kellnerinnen, 7 Küchenmädchen und Waschschleußerinnen und 1 Waschfrau. Beschwerden oder Klagen über grobe Vergehen der untergebrachten Personen sind bis jetzt nicht vorgekommen, nur 2 Kellner haben sich durch unsaubere Abrechnung anrüchig gemacht. Im Wiederholungsfalle dürfte Streichung derselben aus der Controle erfolgen. Von allen Seiten wird empfohlen, beim Engagement von Dienstpersonal sich nur der Dienst-Controle zu bedienen. — Die Ergänzungswahl eines Vorstandsmitgliedes fällt auf Director L. Friedländer. An Stelle des Herrn Hartert wird Brennereibesitzer Hennig als Mitglied der Local-Commission für den 4. deutschen Gastwirthstag gewählt. — Der Ueberschuß des letzten geselligen Abends beträgt 235 M. 27 Pf., welche Summe der Unterstützungskasse überwiesen wird. Die Versammlung beschließt, in diesem Winter noch einen zweiten geselligen Abend für den engeren Kreis der Vereinsmitglieder und deren Angehörige zu veranstalten.

—r. **Breslau**, 17. Febr. [Fastnachtsscherz.] Seitens des Rectors und der Lehrer der hiesigen Taubstummen-Anstalt war auch in diesem Jahre für die Zöglinge genannten Instituts eine Fastnachtsfeier arrangirt worden und hat selbige in Gegenwart eines Theils der Vorstandsmitglieder, vieler Gönner und Freunde und früherer Zöglinge der Anstalt am vergangenen Sonnabend stattgefunden. Die Feier begann mit Aufführung der „Frau Holle“ durch Zöglinge der Anstalt. Die pantomimische Darstellung war eine recht gelungene und wirkte auf den anwesenden Zuhörerkreis in sichtlich überraschender Weise. Nach Beendigung dieses Theiles wurde ein Maskenzug durch den Saal veranstaltet und boten die verschiedenartigsten bunten Masken Veranlassung genug, die Lachmuskeln des Publikums in Bewegung zu setzen. Ueberaus reichen Beifall ernteten die betheiligten Zöglinge bei der hierauf folgenden Darstellung lebender Bilder. Einzelne der letzteren, z. B. „Die Geduldsprobe“, „Ertappt“ und „Heinzelmännchen“ wurden so trefflich ausgeführt, daß das Publikum mehrmalige Wiederholung forderte. — Der anschließende, aus den verschiedenartigsten Touren bestehende Reigen von den größeren staubstummen Mädchen ausgeführt, war eine Leistung, wie man sie von diesen Kindern wohl kaum erwartet; so exact und sicher, daß sie auch vollsinnigen Schülern nur Ehre gemacht hätte. — Doch auch die Sorge für das leibliche Wohlbefinden darf bei einem Fastnachtsscherze nicht versäumt werden. Zur Verschönerung dieses Theils des Festes hatten mehrere der anwesenden Vorstandsmitglieder in gewohnter, liebenswürdiger Weise recht schätzbare Beiträge geliefert. Die Zöglinge wurden mit Pfannkuchen, Apfelsinen und Punsch reichlich bewirthet und vereinigten sich sodann in freudigster Stimmung zu einem gemüthlichen Tänzchen, welches sie bis nach Mitternacht in ungestörtem Frohsinn zusammenhielt. Gewiß wird der von der Natur so stiefmütterlich bedachten taubstummen Schaar das ihr mit anerkennungswerther Aufopferung bereitete schöne Fest noch lange in freudiger, dankbarer Erinnerung bleiben.

=ch= [Rinderpest im Auslande.] Nach hierher gelangten Nachrichten ist in den im Warschauer Kreise belegenen Dörfern Rakow und Gorce die Rinderpest ausgebrochen. In Rakow erkrankten vom 27. bis 30. v. Mts. 2 Stück Vieh, welche nebst einem verdächtigen getödtet wurden. In Gorce erkrankten vom 18. bis 31. v. Mts. 5 Stück, von denen 2 fielen und die übrigen 3 nebst 5 verdächtigen getödtet wurden.

X. **Neumarkt**, 16. Febr. [Tageschronik.] Der auf den Sturm gefolgte große Schnee ist der milden Temperatur wieder zum großen Theil gewichen. Die Brauer und andere eisbedürftige Gewerbetreibende sind wirklich dieses Jahr recht übel daran. Das wenige Eis, was sie sammeln konnten, ist mürbe, sehr porös und nicht auf die Dauer geeignet. — Das kommende Frühjahr wird uns wieder verschiedene Stadtbauten bringen, so sollen einige alte Häuser am Unterringe verschwinden, die diesem nicht besonders zur Zierde gereichten. Möchte doch das alte Malzhaus in der Nähe der Schulen nicht in andere baulustige Hände gelangen, sondern einem alten Wunsche gemäß in die künftige Turnhalle umgebaut werden. Gestern schloß die hiesige Liedertafel ihre Wintersaison. Es kam ein turnerisches Ballet zur Aufführung, arrangirt von Herrn Ullrich Koch, welches sich des größten Beifalls erfreute und das von acht Turnern der hiesigen Vorturner-Riege ausgeführt wurde.

R.B. **Oppeln**, 16. Febr. [Theater.] Gewiß hat unser Rathhaussaal seit langer Zeit nicht eine solche Fülle gesehen, wie gestern Abend; das erste Gastspiel der Mitglieder des Breslauer Lobe-Theaters: „Ein Fallissement“ von Björnsen ist vor einem vollständig ausverkauften Hause aufgeführt und von demselben mit hoher Befriedigung aufgenommen worden. Ein solch' wahrhafter Genuß wird uns leider hier nur selten geboten, und hat auch der nicht große Raum für das Podium, der eine Aufstellung und Entfaltung schöner Coulissen nicht gestattet, für Darsteller wie Zuschauer seine Schattenseiten, so hat dieser Umstand doch das Angenehme, daß jedes Wort bei der gespannten Aufmerksamkeit, mit welcher das gewählte Publikum jede Scene verfolgte, deutlich verstanden werden konnte. Im Interesse unserer einheimischen wie auswärtigen Kunstkenner können wir nur wünschen, daß Herr Director L'Arronge sein Gastspiel — wenn irgend möglich — verlängere; einen Zweig zu dem ihm längst von der Kritik zuerkannten Lorbeerkranze fügen wir gern hinzu.

△ **Tarnowitz**, 16. Febr. [Wahl.] In der heut abgehaltenen Sitzung der Vorstands-Mitglieder des Oberschlesischen Knappschafts-Vereins ist Herr Rothmann, bisher Revisor, zum Knappschafts-Director und stimmfähigen Mitgliede des Knappschafts-Vorstandes gewählt worden.

Z. **Pilchowitz**, 14. Febr. [Das Seminar in Feuersgefahr.] Unser Ort wurde heute in nicht geringe Aufregung versetzt durch das Gerücht, daß gestern Abend im Seminare Feuer ausgebrochen, zum Glücke jedoch rechtzeitig bemerkt und so unterdrückt worden sei. Der Sachverhalt ist in Kürze folgender: Der Director des Seminares beabsichtigte Benzin-Beleuchtung statt des Petroleums im Seminar einzuführen. Selbstverständlich fällt hier, wie überall, dem Pedell, die Besorgung des Lampenanzündens 2c. zu. Dieser geht nun in der 9. Abendstunde mit offenem Lichte und brennender Cigarre in den Benzin-Lagerraum, um Benzin abzuzapfen; kam hierbei mit dem Lichte dem Benzin zu nahe und im Augenblicke stand der Mann in einem Feuermeere. Wären nicht Seminaristen in der Nähe gewesen, so wäre der Mann ein Opfer seiner Unvorsichtigkeit geworden; während er so, außer dem Schrecken, mit einigen Brandwunden davon kam. Wie gefährlich die Situation übrigens war, erhellt schon daraus, daß in demselben Schoppen auch noch große Quantitäten von Holz und Kohle aufbewahrt werden.

♂ **Vom Trockenberge**, 16. Febr. [Unglücksfälle.] Vorgestern ereignete sich auf dem Dominium Neu-Scharley bei Deutsch-Piekar ein schrecklicher Unglücksfall. Der dortige Scheuervogt trat nämlich wahrscheinlich zu nahe an die Dreschmaschine, wurde von derselben erfaßt und ihm buchstäblich die Hälfte des Kopfes abgerissen. Durch Blutspuren wurde man erst auf den Unglücksfall aufmerksam. — Als am Mittwoch Bobrowniker Vecturanten aus Silberhütte zurückkehrten, stürzte einer von ihnen vom Wagen und brach den Oberschenkel. — Gestern fand Förster K. im Segether Reviere zwei junge Hasen und es mag dieser Fall als Beleg für die milde Witterung im Januar dienen. — Sonnabends fand im Reichmann'schen Saale zu Radzionkau ein Faschingskränzchen statt, das sich einer recht regen Theilnahme erfreute. Der anbrechende Tag mußte erst die Gesellschaft ans Nachhausegehen mahnen. — Der hier am Montag herrschende orkanartige Sturm richtete an Gebäuden und Wald großen Schaden an. Es sind einige Stellen im Walde kahl gelegt, eine sogar von 4 Morgen.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 16. Febr. Der „Politischen Correspondenz“ wird unterm Heutigen aus Belgrad telegraphisch gemeldet, die Bestellung eines permanenten türkischen Agenten in Belgrad sei einstweilen als offene Frage einer endgiltigen Vereinbarung in Konstantinopel vorbehalten worden. Abgesehen von dieser Frage seien die serbischen Bevollmächtigten beauftragt, die Frage der Grenzregulirung in Konstantinopel definitiv zum Austrag zu bringen. Von Serbien werde eine Regulirung der Grenzen an der Drina, am Timok und am Ibar gefordert.

Wien, 16. Febr., Abends. Die „Presse“ meldet: Sämmtliche Differenzen der Bankfrage, außer Zusammensetzung des Generalraths, also die Competenz der Directionen, fixe Dotation für Ungarn, Amortisation der 80-Millionenschuld des Staates an die Bank sind beglichen, da nur noch die streng politische Frage der obligatorischen Vertretung Ungarns im Generalrath streitig ist, werden die Nationalbank-Vertreter an den weiteren Verhandlungen der Regierungen nicht Theil nehmen.

London, 16. Febr., Abds. Unterhaus. Auf die Anfrage Dilke's erklärte Bourke, die Regierung beabsichtige die russische Rundnote zu beantworten; der Zeitpunkt hänge von Umständen ab. Einmal fand ein Ministerwechsel in Konstantinopel statt, zweitens seien Friedensverhandlungen zwischen der Pforte, Serbien und Montenegro im Gange, endlich sei es wünschenswerth bei einer Angelegenheit von europäischer Bedeutung, daß England die Ansichten anderer Mächte kennen lerne, bevor es seine eigenen ausdrücke. Bourke erwidert Simon: Die Türkei schlug bei den Friedensbasen Serbien die Gleichstellung der Armenier und Juden mit Serbien vor. Die serbische Regierung antwortete ausweichend. Der englische Consul ist angewiesen, ein Einvernehmen Serbiens mit der Pforte herbeizuführen. England wünsche Gerechtigkeit für die Juden Serbiens und Rumäniens und werde seine Ansichten bei der serbischen Regierung nachdrücklich vertreten.

Hardy antwortet Gladstone. Die Regierung erachtet sich nicht von den Verpflichtungen der Verträge von 1856 und 1871 frei. Wenn die Türkei durch Verträge Europa gegenüber gebunden sein soll, so müsse er offen, laut peremptorisch erklären, daß das übrige Europa ebenfalls durch dieselben der Türkei gegenüber gebunden sein muß. England beabsichtige vorläufig weder materielle Zwangsmaßregeln gegen die Türkei noch das Schwert zu ziehen für die Türkei.

Triest, 16. Febr. Der Lloyddampfer „Achille“ ist mit der ostindischen Ueberlandspost heute früh um 6¾ Uhr aus Alexandrien hier eingetroffen.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen Bureau.)

Pest, 16. Febr. Die Ofener Commercialbank, welche über 1 Million Fl. Sparkassen-Einlagen hat, hat ein dreimonatliches Moratorium nachgesucht.

Petersburg, 16. Febr. In gutunterrichteten Kreisen wird mit Bestimmtheit versichert, der Reichskanzler Fürst Gortschakoff habe in der letzten Zeit wiederholt seine Demission angeboten, Kaiser Alexander ersuchte jedoch den Fürsten, seine Stellung im gegenwärtig schwierigen Augenblicke nicht aufzugeben. Der Reichskanzler erklärte sich bereit, bis zum 1. Mai zu bleiben. Derselbe wird sich alsdann nach Wiesbaden zum Kurgebrauch begeben. Während der Großfürst-Thronfolger als Nachfolger Gortschakoffs gern den General Ignatieff sehen würde und die Kaiserin für den Minister der Staatsdomainen Nalujeff sich verwendet, schlägt Fürst Gortschakoff den bisherigen Minister des kaiserlichen Hauses, Graf Adlerberg, vor. Sämmtliche Nachrichten über Abdicirungs-Absichten des Kaisers entbehren der Begründung. Eine solche Absicht bestand wohl im Juli v. J., jetzt aber ist Kaiser Alexander entschiedener als je gewillt, den in zahlreichen Ergebenheits-Adressen ausgesprochenen Wünschen des Volkes Genüge zu leisten.

Belgrad, 16. Febr. Die Große Skupschtina wird aus 420 Mitgliedern bestehen. Die Zahl der Wahlberechtigten Serbiens beläuft sich auf 276,495. Die Skupschtina wird nur über die Frage, ob Frieden oder Krieg, berathen. Die Sitzungen sollen geheim sein.

Berlin, 16. Febr. Die Tendenz der Börse bot gegen gestern eben so wenig Abwechselung, wie das Cours-Niveau von den gestrigen Notirungen Abweichungen zeigte. Die geschäftliche Thätigkeit blieb ungemein gering und überschritt nur in einzelnen Speculationsdevisen die Grenze der Mittelmäßigkeit. Trotzdem zeitweise die Stimmung der Börse einen Anlauf zur Besserung nahm, so kann der Gesammtcharakter doch nur matt genannt werden. Besonders herrschte für Eisenbahnactien und Bergwerkspapiere eine sehr ungünstige Meinung. Man nannte mehrere Unternehmungen der montanistischen Branche, die in Zahlungsverlegenheiten sich befinden sollten. Ein Gleiches verlautet gerüchtweise von einer Pester Bankfirma. Auf die Gesammthaltung der Börse blieb ferner die Nachricht, daß die weiteren Verhandlungen über den Frieden zwischen der Türkei und Montenegro in Scutari geführt werden sollen, nicht ohne Einfluß. Reichsschatzscheine wurden gehandelt, pr. 25. Mai fällig, zu 2¼ und fällig pr. 15. Juni zu 2½ pCt. Discont. Die internationalen Speculationspapiere haben nur geringfügige Schwankungen erfahren, blieben aber nicht ganz unbelebt. Oesterreichische Nebenbahnen zeigten sich im Allgemeinen etwas fester, wurden aber nur in sehr geringen Summen umgesetzt. Galizier hielten sich fast unverändert. Wenig fest erwiesen sich dagegen die localen Speculationseffecten, deren Notirungen sämmtlich zurückgingen. Dortmunder Union wurde verhältnißmäßig recht lebhaft umgesetzt. Disconto-Commandit 106,90, ult. 106,50—107—106,90, Laurahütte 65,90, ult. 66¼—65¾—65,90. Die ausländischen Staatsanleihen blieben fast ganz geschäftslos, weder zeigte sich die Arbitrage noch die locale Speculation irgendwie thätig und die Notirungen blieben meist unverändert. 5-proc. Russische Anleihe pr. ult. 81⅞—82⅛—82. Preuß. und andere deutsche Staatsanleihen unbelebt. Einheimische Prioritäten waren bei stillem Geschäft recht fest, auswärtige Devisen eher matt. Unter den Eisenbahnactien waren besonders die rheinisch-westfälischen Speculationsdevisen matt und gedrückt. Potsdamer, Halberstädter und Stettiner ebenfalls nachgebend. Märkisch-Posener und Halle-Sorau-Gubener gut behauptet. Berlin-Dresden lebhaft und fest. Bankactien ruhig, Deutsche Bank und Bank für Rheinland hatten einige Umsätze, allerdings zu etwas herabgesetztem Course aufzuweisen, Braunschweiger Hypothekenbank besser, Mecklenburgische Hypothekenbank beliebt, Berg.-Märk. Ban

belebt, auch Producten- und Handelsbank in gutem Verkehr, Schaaffhausen in einiger Frage, Posener Provinzialbank ging rege um, Spritbank Wrede matt, Centralbank für Industrie gedrückt, Berliner Handelsgesellschaft zwar etwas niedriger, aber zur herabgesetzten Notiz ziemlich fest. Centralbank für Bauten wiederum billiger offerirt. Industriepapiere wenig beachtet. Große Pferdebahn weichend, Norddeutsche Eiswerke wieder etwas gestiegen in Folge besserer Nachfrage. Tietsch Werkzeugmaschinen begehrt. Oberschlesischer Eisenbahnbedarf besser. Norddeutscher Eisenbahnbedarf und Berliner Eisenbahnbedarf niedriger. Hoffmann Waggonfabrik angeboten. Montanwerthe matt. Courl zu höherem Course begehrt. Bonifacius niedriger und angeboten. Centrum offerirt.

Um 2½ Uhr: Ziemlich fest. Credit 242,50, Lombarden 128,50, nom., Franzosen 395,50, Reichsbank 157,25, Disconto-Commandit 106,90, Laurahütte 66,00, Köln-Mindener 98,75, Rheinische 107,20, Bergische 77,25, Rumänen 12,50, Türken 11,90, Italiener 71,90, 5% Russen 82, Oesterreichische Goldrente 60,40, Silberrente 55,40, Papierrente 51,10.

Berlin, 16. Februar. [Producten-Bericht.] Der Himmel ist leicht bedeckt, die Temperatur mild. Sehr matt war die Stimmung für Roggen an heutigem Markte und das Geschäft äußerst still. Es fehlte an Käufern für Termine mehr als an Verkäufern, die Preise konnten sich daher nicht ganz behaupten. Waare ist nur wenig offerirt, aber auch der Begehr blieb beschränkt. — Roggenmehl matt. — Weizen hat zwar feste Haltung bekundet, etwas erhöhten Forderungen schenkte man aber keine Beachtung. — Hafer loco matt. Termine etwas mehr und auch billiger angeboten, sind unbeachtet geblieben. — Rüböl hat, den auswärtigen Berichten folgend, im Werthe sich etwas verschlechtert, es kam jedoch zu besserem Umsatz als in den letzten Tagen. — Petroleum fortdauernd matt. — Spiritus sehr ruhig. Die gestrige Besserung der Preise hat sich nicht vollständig aufrecht erhalten lassen.

Weizen loco 195—235 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, weiß bunter polnischer — Mark ab Bahn bez., per April-Mai 223—223½ bis 223 Mark bez., per Mai-Juni 224 M. bez., per Juni-Juli 224½ M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 155 bis 184 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 161½—162½ M. ab Boden bez., neuer russischer 155—165 Mk. bezahlt, neuer poln. — Mark bezahlt, inländischer 175—184 Mark bezahlt, kleiner ruff. — M. ab Bahn bez., per Februar — Mk. bez., per Febr.-März 162 Mk. bez., per Frühjahr 164—163½ Mark bez., per Mai-Juni 162—161½ Mark bezahlt, per Juni-Juli 161—160½ Mark bezahlt. Gekündigt 1000 Centner. Kündigungspreis 162 Mark. — Hafer loco 125—165 Mk. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpr. 135—156 Mark bez., russischer 125 bis 150 Mark bez., pommerscher 160—161 M. bez., schles. 153—162 Mark bez., galizischer — Mark bez., böhmischer 155—162 Mark bez., ungarischer 139 bis 140 Mark bez., defecter russischer — Mark ab Bahn bez., per Frühjahr 154½—154 Mark bezahlt, per Mai-Juni 155 Mark Br., per Juni-Juli 156 Mark Br. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Erbsen: Kochwaare 150—186 Mark, Futterwaare 135—147 Mark. — Roggenmehl per 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack pr. Februar 23,40 Mark bezahlt, pr. Februar-März 23,25 Mark bez., pr. März-April 23,15 Mark bez., per April-Mai 23,10 Mk. bez., per Mai-Juni 23,10 Mk. bez., per Juni-Juli 23,15 M. bezahlt. Gekündigt 500 Ctr. Kündigungspreis 23,50 Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 73,3 M. bez., mit Faß — M. bez., per Februar 73,5 Mark bez., pr. Februar-März 73,5 Mark bez., per April-Mai 73,5—3 Mark bezahlt, per Mai-Juni 72,5—3 Mark Gld., per Juni-Juli — Mark bez., per September-October 68,5—4 Mark bez., per October-November — Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 39 Mark bez., pr. Februar 33,1 bis 3—1 Mark bez., per Februar-März 31—30,7 Mark bezahlt, per April-Mai 30 Mark bezahlt. Gekündigt — Bar. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco „ohne Faß" 54,2—54 Mark bez., per Februar 54,7—6 Mark bezahlt, pr. Februar-März 54,7—6 Mark bezahlt, per April-Mai 56,3 bis 56 Mark bez., per Mai-Juni 56,5—3 Mark bez., per Juni-Juli 57,5 bis 3 Mark bezahlt, per Juli-August 58,5—3 Mark bezahlt, per August-September 59,1—58,8 Mark bezahlt. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 16. Febr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schluß-course.] Londoner Wechsel 204, 55. Pariser Wechsel 81, 40. Wiener Wechsel 164, 40. Böhmische Westbahn 139¾. Elisabethbahn 110. Galizier 173¾. Franzosen*) 197⅝. Lombarden*) 63¾. Nordwestbahn 95¾. Silberrente 55⅝. Papierrente 51⅛. Russische Bodencredit 80⅝. Russen 1872 83⅞. Amerikaner 1885 101⅞. 1860er Loose 97½. 1864er Loose 259, 50. Creditactien*) 120¾. Oesterreichische Nationalbank 690, 00. Darmst. Bank 100⅝. Berliner Bankverein 89⅞. Frankfurter Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 71. Hessische Ludwigsbahn 95¾. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 136, 80. do. Schatzanweisungen alte 82½. do. Schatzanweisungen neue 79⅝. do. Ostbahn-Obligationen II. 56¾. Central-Pacific 99¼. Reichsbank 157¼. Silbercoupons —. Goldrente 60⅛. Ziemlich fest. Speculationspapiere besser und ziemlich belebt.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 120⅝, Franzosen 197⅜, 1860er Loose —, Silberrente —, Papierrente —, Galizier 173⅝, Lombarden —, Goldrente —, Nationalbank —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 16. Febr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Act. 117¼, Silberrente 55½, Goldrente 60⅜, Credit-Actien 120½, 1860er Loose 98, Franzosen 494, Lombarden 156, Ital. Rente 71¼, Vereinsbank 118½, Laurahütte —, Commerzbank 100⅛, Norddeutsche 128⅛, Anglo-deutsche 37⅞, Internationale Bank 84¼, Amerikanerde 1885 97⅜, Köln-Minden. St.-A. 99, Rhein-Eisenbahn do. 107⅝, Berg.-Märk. do. 77½, Disconto 2¼ pCt. Schluß etwas fester.

Silber in Barren pr. 500 Gr., fein Mk. 84, 25 Br., 83, 25 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 39 Br., 20, 33 Gd., London kurz 20, 48 Br., 20, 42 Gd., Amsterdam 169, 00 Br., 168, 40 Gd., Wien 163, 00 Br., 161, 00 Gd., Paris 80, 95 Br., 80, 55 Gd., Petersburger Wechsel 250, 50 Br., 246, 50 Gd.

Liverpool, 16. Febr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 9000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 9000 Ballen, davon 6000 B. amerikanische, 3000 Ballen Maranham.

Liverpool, 16. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export — Ballen. — Matt.

Middling Upland 6$\frac{11}{16}$, Middling Orleans 6$\frac{13}{16}$, middling Mobile 6¾. Fair Dhollerah 5⅞, fair Omra 5½ D.

Nachträgliche Meldung zum Baumwollen-Wochenbericht: Schwimmend nach Großbritannien 464,000 Ballen, davon 385,000 Ballen amerikanische.

Manchester, 16. Febr., Nachmittags. 12r Water Armitage 8⅛, 12r Water Taylor 9¼, 20r Water Micholls 10¼, 30r Water Gidlow 11, 30r Water Clayton 11¼, 40r Mule Mayoll 11⅜, 40r Medio Wilkinson 13, 36r Warpcops Qualität Rowland 12, 40r Double Weston 12¼, 60r Double Weston 15¾, Printers $\frac{16}{16}$, $\frac{34}{50}$ 8½pfd. 111. Markt ruhig.

Petersburg, 16. Febr., Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 Monate 29$\frac{25}{32}$, do. Hamburg 3 Monate 254¾, do. Amsterdam 3 Mt. 149⅞, do. Paris 3 Mt. 312⅝, 1864er Prämien-Anleihe (gestplt.) 189½, 1866er Prämien-Anl. (gestplt.) 190, ½-Imperials 6, 59. Große russische Eisenbahn 169¾. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 102. Privatdisc. 7½%.

Petersburg, 16. Febr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 49,50. Weizen loco 12,50. Roggen loco 7,50. Hafer loco 4,50. Hanf loco —. Leinsaat (9 Pud) loco 12,75. — Wetter: 16 Grad Kälte.

Paris, 16. Febr., Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Febr. pr. 100 Kilogr. 73,00, Nr. 7/9 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 78,50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Februar 81,25, pr. März 81,25, pr. April 81,25, pr. Mai-August 82,00.

London, 16. Febr. Havannazucker 30.

Antwerpen, 16. Febr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer stetig. Gerste unverändert.

Antwerpen, 16. Febr., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 39 bez. u. Br., pr. Februar 38 bez. u. Br., per März 36 bez. 36½ Br., per April 36½ Br., per September 40 Br. — Weichend.

Bremen, 16. Febr., Nachm. [Petroleum.] Niedriger. (Schlußbericht.) Standard, white loco 15, 35, per Februar 15, 15, pr. März 15, 00, per April 15, 00.

Hamburg, 16. Febr. [Börsenbericht von Ferdinand Seligmann.] Weizen, April-Mai 219 M. Br., 218 M. Gd., September-October —. — Roggen, April-Mai 160 M. Br., 159 M. Gd., September-October —. — Rüböl, Mai 74 M. Br., 73 M. Gd., October —. — Petroleum, loco 16 M. Br., 15¾ M. Gd. — Spiritus, lauf. Monat 45½ M. Br., 45½ M. Gd., April-Mai 44¼ M. Br., 44 M. Gd., Mai-Juni 44¼ M. Br., 44 M. Gd., Juni-Juli 45 M. Br., 44½ Gd., Juli-August 46 M. Br., 45 M. Gd., August-September —.

Berliner Börse vom 16. Februar 1877.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Consolidirte Anleihe.	4½	104,10 bz
do. de 1876	4	95,75 bz
Staats-Anleihe	4	96 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144 G
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,50 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,60 bzG
Pommersche	3½	83,50 B
do.	4	95,50 B
do.	4½	102 G
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,60 bz
Schlesische	3½	84,90 G
Landschaftl.Central	4	95,20 bzG
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95,30 bz
Pommersche	4	95,30 bz
Posensche	4	95,20 bz
Preussische	4	95,20 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98 B
Sächsische	4	96 B
Schlesische	4	96 B
Badische Präm.-Anl.	4	122 10 bz
Baierische 4% Anleihe	4	123,75 bzG
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	109 60 bz
Sächs. Rente von 1876	3	71,60 G

Kurh. 40 Thaler-Loose 252,50 B
Badische 35 Fl.-Loose 144 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 84,40 B
Oldenburger Loose 137,50 bz

Ducaten 9,64 B	Fremd. Bkn. — —
Sover. — —	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,27 bz	Oest. Bkn. 164,30 bz
Imperials — —	do.Silbergd. 189etbG
Dollars 4,185 G	Russ. Bkn. 253.40 bz

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	Cours
Krupp'schePartial-Obl.	5	104.60 bz
Unkb.Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	99,25 bzG
do. do.	5	101 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,60 G
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 G
do. rückzb. à 110	5	106.25 bzG
do. do. do.	4½	99 bz
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	103 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,25 G
do. do. II. Em.	5	102,25 G
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	109,50 bz
do. do. II. Em.	5	107.25 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	102,75 bz
do.4½ do. do. m.110	4½	96,10 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102,75 bzB
Oest. Silberpfandbr.	5½	34 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	85,80 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100 G
do. do.	4½	94 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,75 G
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	31,50 G

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oest. Silber-R. (1./1.1./7.)	4⅕	55,60 bz
do. 1./4.1./10.)		55,50 bz
do. Goldrente	4	60,50 bz
do. Papierrente	4⅕	51,20 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	93,75 B
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	97,50-40 bz
do. Credit-Loose	—	298 bzG
do. 64er Loose	—	256 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	148,60 bz
do. do. 1866	5	149 bzG
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	79,90 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	80 B
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	— —
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	71,30 G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	63,10 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	105,50 G
do. do. 1885	6	102 G
do. 5% Anleihe	5	103,20 bz
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	72,40 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	103,10 bz
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	67,80 G
Rumänische Anleihe	8	84,75 G
Türkische Anleihe	5	12 B
Ung. 5%St.-Eisenb.-Anl	5	68,25 B

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 38,50 B
Türken-Loose 26 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St.3½g.	3½	85,10 bz
do. do. VI.	4½	99,25 etbzB
do. Hess. Nordbahn	5	103,90 bz
Berlin-Görlitz	5	102,25 G
do.	4½	90 bzG
do. Lit C.	4½	84,50 B
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	96 bzB
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	93 bzG
do. do. J.	4½	92,50 bz
do. do. K.	4½	92,50 bz
do. von 1876	5	99,75 bz
Cöln-Minden III. Lit.A.	4	91,75 bz
do. Lit. B.	4½	99,50 G
do. IV.	4	94,25 bz
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	5	100,30 G
Hannover-Altenbeken	4½	95,25 G
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	98 B
do do. II. Ser.	4	95,50 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	98 B
do do. III. Ser.	4	96,25 bz
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	85,75 G
do. F.	4½	101,50 B
do. G.	4½	99,60 bzB
do H.	4½	101,90 bz
do. von 1869.	5	103,50 bz
do. von 1873.	4	90 G
do. von 1874.	4½	99 B
do. Brieg-Neisse	4½	98 G
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,50 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101,30 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,75 G
Chemnitz-Komotau	5	97,50 bz
Dux-Bodenbach	5	60 G
do. II. Emission	5	41,30 G
Prag-Dux	fr.	22,75 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	82,80 G
do. do. neue	5	80,50 G
Kaschau-Oderberg	5	54,75 bzG
Ung. Nordostbahn	5	50,70 G
Ung. Ostbahn	5	49 30 bz
Lemberg-Czernowitz	5	62,90 B
do. do. II.	5	62.75 G
do. do. III.	5	56 G
Mährische Grenzbahn	5	52,50 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	15 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	62,50 bz
Oesterr.-Französische	3	320 B
do do. II.	3	300,50 G
do. südl. Staatsbahn	3	234 G
do. neue	3	235 G
do. Obligationen	5	77,70 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	48 bzB
Warschau-Wien II.	5	97 bzB
do. III.	5	— —
do. IV.	5	84,20 bzG
do. V.	5	79,50 bzG

Wechsel-Course.

		Zf.	Cours
Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169,90 bz
do. do.	2 M.	3	169,15 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20.385 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,35 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	243 75 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	252,40 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	164,15 bz
do. do.	2 M.	4½	163 15 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1875	1876	Zf.	Cours
Aachen-Mastricht	1	—	4	21,60 bzG
Berg.-Märkische	4	—	4	77,50 bz
Berlin-Anhalt	8	—	4	102,75 bzG
Berlin-Dresden	2½	0	4	21,25 bzB
Berlin-Görlitz	0	0	4	21,50 bz
Berlin-Hamburg	10	—	4	168,25 G
Berl. Nordbahn	—	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb	3	—	4	77,50 bz
Berlin-Stettin	6⅘	—	4	118,10 bzG
Böhm. Westbahn	5	—	5	69 25 bz
Breslau-Freib.	5⅔	—	4	71,25 bz
Cöln-Minden	4 8/10	—	4	99 00 bz
do. Lit. B.	5	—	5	— —
Cuxhaven. Eisenb.	0	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	7,50 G
Gal. Carl-Ludw.-B.	6	—	4	87,60 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	13,60 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	14,50 bzB
Kaschau-Oderberg	4½	—	5	34,75 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	44,30 bzG
Ludwigsb.-Bexb.	9	—	4	178,00 bzB
Märk.-Posener	0	0	4	19 60 bzG
Magdeb.-Halberst.	6	—	4	105,10 bz
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	— —
do. Lit. B.	4	—	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	95,25 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96 50 G
Oberschl. A.C.D.E.	10½	—	3½	127 30 bz
do. B.	10½	—	3½	119 00 G
Oesterr.-Fr. St.-B.	6½	—	4	393,50-94,50
Oest. Nordwestb.	5	5	5	187,75 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	0	0	4	128-28,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	23,10 G
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	103,50 bzG
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	45,50 B
Rheinische	8	—	4	107.25 bzB
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	92,50 G
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	11.50 bzG
Rumän. Eisenbahn	2½	—	4	12 50 bzB
Schweiz Westbahn	0	0	4	22,20 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,75 bz
Thüringer Lit A.	8½	—	4	125,50 bzG
Warschau-Wien.	7½	—	4	186,25 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

	1875	1876	Zf.	Cours
Berlin-Görlitzer	5	—	5	51,50 bzB
Berliner Nordbahn	—	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	—	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	33 50 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	33,75 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	32,25 G
Märkisch-Posener	3½	—	5	71,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	76,00 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	85,75 etbzB
Ostpr. Südbahn	5	—	5	73,75 G
Pomm. Centralb.	—	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	108,75 etbzG
Rumänier	8	—	8	54,00 bzG
Saal-Bahn	1½	—	5	— —
Weimar-Gera	2½	—	5	22,50 bzB

Bank-Papiere.

	1875	1876	Zf.	Cours
Allg.Deut.Hand.-G.	0	—	4	27,50 bz
Anglo DeutscheBk.	3	0	4	37,00 G
Berl. Kassen-Ver.	17,7	10 7/12	4	151,00 G
Berl. Handels-Ges.	5	—	4	58,00 bzG
do.Prod.-u.Hdls.-B.	6½	—	4	79 00 bzG
Braunschw. Bank.	6⅔	—	4	98 50 bz
Bresl. Disc.-Bank	2	—	4	69,75 G
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	—	4	— —
Bresl. Wechslerb.	4	—	4	74,00 B
Coburg. Cred.-Bnk.	2½	—	4	68,90 etbzB
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	116,00 G
Darmst. Creditbk.	6	—	4	100,30 bz
Darmst. Zettelbk.	5¼	—	4	96,50 G
Deutsche Bank	3	—	4	84 75 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	157,25 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	92,00 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	7	—	4	106,90 bz
do. ult.	7	—	4	106,50-6⅞ bz
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	93,00 G
do. junge	5½	—	4	97,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	4 25 bzG
Goth. Grundcredb.	8	—	4	102,60 bzG
Hamb. Vereins-B.	9 4/9	10	4	117,75 G
Hannov. Bank	6 7/15	—	4	103 20 bzB
Königsb.Ver.-Bank	5¼	—	4	81,00 bzG
Lndw.-B. Kwilecki	6	—	4	62 G
Leipz. Cred.-Anst.	7	—	4	108,50 G
Luxemburg. Bank	6½	—	4	92,50 G
Magdeburger do.	5½	—	4	106,50 bz
Meininger do.	3	—	4	71,10 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	4	15,00 bz
Nordd. Bank	6⅔	8	4	128,00 B
Nordd. Grundcr.-B.	9	8	4	95,00 bzG
Oberlausitzer Bk.	2	—	4	49,50 G
Oest. Cred.-Actien	5	—	4	240,50-41,50
Posner Prov.-Bank	2½	—	4	102,00 bzG
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	98,00 bzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd	9½	9½	4	117,25 bzB
Sächs. Bank	10	—	4	111,25 G
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	4	97 00 bzG
Schl. Bank-Verein	5	—	4	87,00 G
Schl. Vereinsbank	5	—	4	90,25 B
Thüringer Bank	5	—	4	70,00 bzG
Weimar. Bank	0	—	4	40,50 bzG
Wiener Unionsb.	2 5/7	—	4	86,70 bzG

In Liquidation.

	1875	1876	Zf.	Cours
Berliner Bank	—	—	fr.	88,50 G
Berl. Bankverein	0	—	fr.	56,00 G
Berl. Lombard-B.	—	—	fr.	— —
Berl. Prod-Makl.-B.	—	—	fr.	57,50 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	95,50 G
Deutsche Unionsb.	0	—	fr.	89,20 bzB
Hannov. Disc.-Bk.	8⅓	—	fr.	97,60 G
Hessische Bank	—	—	fr.	56,50 G
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	—	—	fr.	1,20 bzG

Industrie-Papiere.

	1875	1876	Zf.	Cours
Berl.Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	710,00 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	10.00 bzB
do. Reichs-u.Co.-E.	0	0	4	67,00 bzB
Märk.Sch.Masch.G.	0	—	4	14,00 etbz
Nordd. Gummifab.	5	—	4	53,90 bzG
do. Papierfabr.	0	—	4	— —
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	3,25 B
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18	—	4	113,00 bzG
Schles. Feuervers.	20	—	4	725 B
Donnersmarkhütte	3	—	4	18.50 G
Dortm. Union	0	—	4	5,10 bz
Königs- u. Laurah.	2	—	4	65,90 bz
Lauchhammer	0	—	4	24,25 G
Marienhütte	8	—	4	67,25 G
OSchl. Eisenwerke	1½	—	4	6,50 G
Redenhütte	0	—	4	4,00 bz
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	7,00 B
Schl.Zinkh.-Actien	6	—	4	77,50 G
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	84,50 B
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	40,00 bzB
Vorwärtshütte	0	—	4	9 B
Baltischer Lloyd	0	—	4	40,50 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	—	4	46,25 B
do. ver. Oelfabr.	1	—	4	44,00 G
Erdm. Spinnerei	1	—	4	17,90 B
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	40,25 G
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	15.00 B
O. Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	26,60 G
Schl. Leinenind.	8	5⅓	4	68,50 G
do. Porzellan	0	—	4	10,00 B
WilhelmshütteMA.	4½	—	4	70,00 G

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

= **Breslau**, 17. Febr., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen fester, bei schwachem Angebot Preise sehr fest.

Weizen, zu hohe Forderungen erschwerten den Umsatz, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,20 bis 19,50—21,70 Mark, gelber 17,20—19,40 bis 21,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei schwachem Angebot preishaltend, per 100 Kilogr. neuer 15 bis 16—17 bis 17,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, nur feine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. neue 13,60 bis 14,80 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer schwache Kauflust, per 100 Kilogr. neuer 12,80—14,20 bis 15,20 Mark.

Mais ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 11,00—11,50—12,30 Mark.

Erbsen ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 12—13,70 bis 15,80 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen stärker angeboten, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken schwache Kauflust, per 100 Kilogr. 11,50—12,50—13,50 Mark.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	25	24	25	22	25
Winterraps	31	75	29	25	28	25
Winterrübsen	29	50	27	50	26	50
Sommerrübsen	29	50	28	—	26	—
Leindotter	25	—	23	—	21	—

Rapskuchen unverändert, per 50 Kilogr. 7,10 bis 7,40 Mark.

Leinkuchen preishaltend, per 50 Kilogr. 8,60—9 Mark.

Kleesamen schwächer angeboten, rother feine Qualitäten gut gefragt, per 50 Kilogr. 50—56—64—68—74 Mark, — weißer matt, per 50 Kilogr. 52—62—65 bis 70—75 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee fester, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 29,25—30,25 Mark, Roggen fein 27—28 Mark, Hausbacken 26—27 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8,25—9,25 Mark.

Görlitz, 15. Febr. [Getreidemarktbericht von Max Steinitz.] Wetter: schön, Temperatur naßkalt. In Folge des Jahrmarktes wurde der Wochenmarkt auf dem Demianiplatz abgehalten, wodurch eine Zersplitterung des Geschäfts wahrnehmbar gewesen; auch die Land-Zufuhren, außer in Hafer, waren mäßig.

Das Geschäft selbst schien heut belebter zu sein und erfreuten sich namentlich feine Gelbweizen- und Roggensorten besserer Frage bei vorwöchentlichen Preisen; auch für Weißweizen scheint sich Bedarf einzustellen, da Müller wohl starke Mehl-, aber keine Körnervorräthe haben.

Gerste bleibt begehrt, während Hafer in ganz intensiver Flauheit beharrt.

Mais hat in letzter Zeit wieder einiges Geschäft erfahren; ebenso sind Futterkleien und Rapskuchen beliebt.

Hülsenfrüchte ganz vernachlässit. Rothklee in exquisiter Waare recht gesucht.

Bezahlt wurde per 170 Pfd. Brutto: Weißweizen 6¾—6½—6⅓ Thlr. = per Wispel von 2000 Pfd. Netto 80⅓—78⅓—75⅓ Thlr. Gelbweizen 6½—6 Thlr. bez. = pr. Wispel 76⅓—71⅓ Thlr. Roggen I. 5½ bis 5⅓—¼ Thlr., galizischer 5—4$\frac{11}{12}$ Thlr. = per Wispel 65½—63½ bis 62½—59½—58½ Thlr. Gerste per 150 Pfd. Brutto 4⅓—4 Thlr. Futterwaare 3⅚—½ Thlr. bez. = per Wspl. 58½—54—51⅔—47½ Thlr. Hafer pr. 100 Pfd. Netto 2½—2½ Thlr. bez. = per Wispel 51⅔—50 Thlr. Erbsen pro 180 Pfd. Brutto 5⅙ Thlr. Br. = per Wispel 57 Thlr. Wicken I. pro 180 Pfd. Brutto — Thlr. Br. = per Wispel — Thlr. Lupinen, gelb 3¾ Thlr. Gd. = per Wispel 40½ Thlr. — Mais, alter, 69 Sgr. Br., neuer 65—66 Sgr. Br. — Rapskuchen 79 Sgr. Br. — Rothklee 25—29 Thlr. bez. und Gd.

Witterungsbericht vom 16. Februar.

7—8 Uhr Morgens.

	Temperat. °Celsius.	Wind.	Wetter.
Memel	+ 1	W. mäßig.	Nebel.
Hamburg	+ 5	S. schwach.	ganz bedeckt.
Crefeld	+ 8	S. frisch.	ganz bedeckt.
Hannover	+ 7	SW. leiser Zug.	halb bedeckt.
Leipzig	+ 4	S. mäßig.	halb bedeckt.
Berlin	+ 4	S. leicht.	dreiviertel bedeckt.
Breslau	+ 2	S. schwach.	ganz bedeckt.
Bamberg	+ 4	NW. leicht.	Nebel.
Carlsruhe	+ 4	O. leiser Zug.	halb bedeckt.
Friedrichshafen	+ 2	NO. leiser Zug.	Nebel.

Barometer allgemein gefallen, Temperatur Süden und Westen etwas gesunken, Osten sehr stark gestiegen, Memel über 20 Grad. Das Wetter ziemlich ruhig, meist trübe, Ostsee nebelig, nirgend Frost.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 16. 17.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 3°,5	+ 2°,7	— 0°,7
Luftdruck bei 0°	331''',14	330''',63	329''',61
Dunstdruck	2''',18	2''',12	1''',68
Dunstsättigung	80 pCt.	83 pCt.	89 pCt.
Wind	S. 1	SW. 0	S. 2
Wetter	heiter.	trübe.	trübe.

Breslau, 17. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 40 Cm. U.-P. 1 M. — Cm.

[„Die Natur",] Zeitung zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntniß und Naturanschauung für Leser aller Stände (Organ des Deutschen Humboldt-Vereins). Begründet unter Herausgabe von Dr. Otto Ule und Dr. Karl Müller von Halle. Herausgegeben von Dr. Karl Müller von Halle. Halle, G. Schwetschke'scher Verlag. — Nr. 7. Inhalt: Die Flossenfüßler. Von Dr. Heß. Mit Abbildungen. — Ueber die Familienverhältnisse der Austral-Neger. Von Carl Emil Jung. Mit Abbildungen. — Die Pflanze in Sage und Aberglauben. Von Dr. Theodor Bodin. — Die Meeres- und Luftströmungen, nach Buijs-Ballot. Von Prof. v. Klöden. II. — Literatur-Bericht: Anthropologie. 1. Dr. Theodor Waitz, Anthropologie der Naturvölker. 2. Dr. Joseph Kuhl, Die Anfänge des Menschengeschlechts und sein einheitlicher Ursprung. 3. J. Heule, Anthropologische Vorträge. — Zoologische Mittheilungen: Darwin über Korallen-Riffe. — Meteorologische Mittheilungen: Die Regenverhältnisse Deutschlands. — Die Eisenbahn von Lima nach Oroya und der Kanal vom Titicacasee nach Tacna. Von Albin Kohn. (Fortsetzung.) — Kleinere Mittheilungen: 1. Große Hagelkörner. 2. Geschwindigkeit des Windes. 3. Lange Erhaltung der Keimfähigkeit von Samen. 4. Neuer Farbstoff. 5. Entwickelung der Schwertfische. 6. Häutung eines amerikanischen Fischmolches (Menopoma). 7. Zusammensetzung des Glases bei den Alten. 8. Säculare Aenderung der Ebene der Umlaufsbahn des 8. Saturn-Sateliten (Japhet). — Culturgeschichtliche Mittheilungen: 1. Chinesischer Aberglauben. 2. Eßbarer Thon in Japan. 3. Japanesisches naturhistorisches Märchen. — Offener Briefwechsel.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.